

BLICKPUNKT ZUKUNFT

BLICKPUNKT ZUKUNFT

**Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten
zur Zukunfts- und Friedensdiskussion**

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

VDW VEREINIGUNG DEUTSCHER
WISSENSCHAFTLER E.V.

VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT

Herausgeber: Werner Mittelstaedt und die
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – VDW e.V.

ISSN 0720-6194

Bei Einzelbestellung:
5,-- Euro / US-\$ 8,--

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
z.H. Werner Mittelstaedt
Drostenhofstraße 5
D-48167 Münster

E-Mail:
werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Ausgabe 1 – 55 als Volltext im Internet!
WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 55 · August 2011 · 31. Jahrgang

Editorial

Nach fast 20 Jahren fand die Jahresveranstaltung der Friedensnobelpreisträgerorganisation 2011 wieder in Deutschland, in Berlin statt. Die VDW war zusammen mit dem Auswärtigen Amt zentraler Organisator dieses internationalen Großereignisses, das Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler, Politikerinnen, Politiker und Diplomaten aus 45 Ländern zusammenbrachte, um Lösungen für eine friedliche und atomwaffenfreie Welt zu entwickeln und zu diskutieren.

Die Redaktion »Blickpunkt Zukunft« und die VDW haben aus diesem Anlass das Konzept für diese Ausgabe verändert. Zugesagte Veröffentlichungen (z. B. Buchvorstellungen) erscheinen deshalb in der Ausgabe 56. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht fast ausschließlich die Berichterstattung über die Pugwash Konferenz. Wir dokumentieren die Erklärung des Pugwash Councils zum Kongress sowie einige zentrale Beiträge. Über die Fotos versuchen wir Ihnen einen atmosphärischen Eindruck dieser beeindruckenden, wenn auch sicher nicht unkomplizierten Veranstaltung zu geben (beachten Sie bitte den Beitrag von Klaus Gottstein). Ullrich Bartosch bewertet sie kommentierend. Die VDW hat im Rah-



men der Pugwash-Konferenz zwei Workshops zur »Verantwortung des Wissenschaftlers« und zu »Klima, Energie und Konflikten« durchgeführt. Nach der Konferenz haben wir gemeinsam mit der Freien Universität Berlin und der Humboldt Universität Berlin zwei Auswertungsveranstaltungen mit Referierenden der Konferenz veranstaltet. Zudem fand bei uns im Haus die Pugwash Studierendentagung statt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz waren zu Gast bei der VDW auf einer abendlichen, von allen gelobten Bootsfahrt auf der Spree.

Insgesamt ein Mammutprogramm, das die organisatorische und finanzielle Kraft der VDW stark beanspruchte.

Mehr Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen finden Sie auf der Webseite der VDW (www.vdw-ev.de/).

Vervollständigt wurden diese vielfältigen Aktivitäten durch die Verleihung des Whistleblower Preises an Dr. Rainer Moormann und »Anonymus« am Freitagabend der Pugwash Konferenz. Wir dokumentieren eine Zusammenfassung in dieser Ausgabe und verweisen auf die umfassenden Informationen auf den Webseiten von VDW und IALANA (www.ialana.de). Diese beeindruckende, gut besuchte Veranstaltung zu wissenschaftlicher Verantwortung fand, wie auch die Pugwash Konferenz, eine vielfältige Resonanz in den Medien.

Die Bedeutung von Whistleblowing wurde wenige Tage später noch einmal durch das Aufsehen erregende Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg im Fall unserer Whistleblower Preisträgerin von 2007, Frau Heinisch, unterstrichen. Frau Heinisch wurde in ihrer Klage gegen die Entlassung wegen der Kritik an unzumutbaren Bedingungen im Pflegeheim vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Recht gegeben (im Gegensatz zu allen deutschen Gerichten). Wir informieren auch kurz über diesen Fall und gratulieren an dieser Stelle Frau Heinisch zu diesem Erfolg und ihrer beeindruckenden Ausdauer und Courage.

Hinweisen möchten wir schon jetzt auf den 100jährigen Geburtstag von Carl Friedrich von Weizsäcker 2012 und die vielfältigen Veranstaltungen, die die VDW aus diesem Anlass vorbereitet.

Bitte notieren Sie sich schon jetzt die Termine.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, angenehme und erholsame Ferientage.

Reiner Braun / Werner Mittelstaedt

Die Themen:

Beiträge von der 59.Pugwash Conference 1. - 4. Juli in Berlin:

*Die Gefahren der Politik – die Verantwortung der Wissenschaft von Ulrich Bartosch
Statement of the Pugwash Council
Kommentar von Jayantha Dhanapala
Kommentar von Klaus Gottstein
Opening Speech by Jayantha Dhanapala
Kommentar von Jennifer Allen Simons
Security Risks of Climate Change: From Conflict to Cooperation by Jürgen Scheffran*

Eindrücke von der 59.Pugwash Conference 1. - 4. Juli in Berlin

Rück- und Ausblick von Reiner Braun

Informationen zur „Whistleblower“ Thematik:

*Bericht aus westphälischer Rundschau 2011:
„Die Geheimnisse der Mächtigen“, „Deutscher GAU war ganz nah“ von Petra Kappe
Kurzinterview mit Dr. Rainer Moormann*

*Presseinformationen zum Urteil des Verwaltungsgerichts Köln im Fall Frau Koller
Pressemitteilung zu Heinisch-Urteil des EGMR*

**Neues Buch: Verantwortung von Wissenschaft und Forchung in einer globalisierten Welt.
Forschen - Erkennen – Handeln**

Die Gefahren der Politik – die Verantwortung der Wissenschaft.

*Persönliche Reflexionen zur Pugwash Conference on Science and World Affairs
in Berlin vom 1.-4. Juli 2011*

Von Ulrich Bartosch

Pläne und Hürden

Auch große Ereignisse haben oft einen kleinen Anfang. Dieser Anfang fand in Hamburg statt, im Büro von Götz Neuneck, dem Pugwash-Beauftragten der VDW, im Dezember 2009. Drei VDW-Mitglieder beraten über die Möglichkeiten der stärkeren internationalen Ausrichtung der Vereinigung. Neuneck hatte im Vorfeld die Frage aufgeworfen, ob eine Durchführung der Pugwash Conferences on Science and World Affairs (PCSWA) in Berlin ins Auge gefasst werden sollte. Die Möglichkeit hatte sich ergeben, weil ein vorgesehener Austragungsort sein Angebot zurückziehen musste. Die Terminierung wäre für 2010 oder besser für 2011 vorzusehen. Reiner Braun als Geschäftsführer und der Verfasser dieser Zeilen, soeben zum Vorsitzenden gewählt, nehmen die Anregung von Götz Neuneck auf. ‚Pugwash in Berlin‘ ist ein angemessenes Projekt, um die VDW als internationalen und auch als nationalen Akteur sichtbarer und attraktiv zu machen. Die Rolle als deutsche Sektion von Pugwash würde so wiederbelebt und die Themen von Pugwash gehören zu den vornehmsten Aufgabenstellungen der VDW von Beginn an. Die drei Gesprächspartner se-



hen viele Hürden auf dem Weg. An vorderster Stelle wird die Frage zu klären sein, ob die VDW die Finanzierung dieser Großveranstaltung realisieren kann. Die Summe der nöti-

gen Mittel ist enorm und ohne kräftige Unterstützung durch dritte Partner wird das Projekt scheitern. Es wird vereinbart, den Weg zur Konferenz entschlossen anzugehen und immer wieder zu prüfen, ob das Unternehmen abgebrochen werden muss, solange dies dann noch möglich wäre.

Als nächstes werden Vorstand und Beirat für das Projekt gewonnen. Beide sagen ihre Unterstützung zu. Mit diesem Rückenwind werden die Vorbereitungen fortgesetzt. Es ist ohne Zweifel die besondere Vertrauensstellung, die Götz Neuneck im Auswärtigen Amt genießt sowie seine Tätigkeit im Pugwash Council, die zur Kooperation Pugwash, Auswärtiges Amt und VDW führen. Verschiedene Planungsgespräche zusammen mit Reiner Braun im AA, einmal auch unter Beteiligung von Pugwash Generalsekretär Paolo Cotta-Ramusino und Ulrich Bartosch, verlaufen positiv, führen aber auch zu einer unübersichtlichen Termin- und Finanzierungslage. Am Ende ist die großzügige Finanzierung und Gastfreundschaft durch das Auswärtige Amt die wesentliche Grundlage, und die Leistungsfähigkeit der VDW-Geschäftsstelle unter Leitung von Reiner Braun dafür verantwortlich, dass die Konferenz stattfinden kann. Alle – durchaus hoffnungsvollen und intensiven – Bemühungen um eine Co-Finanzierung durch Sponsoren oder weitere Partner sind gescheitert. Die Analyse und die Schlussfolgerungen dieser negativen Erfahrungen wird die VDW noch intensiv beschäftigen. Schließlich handelte es sich um einen „Top-Event“ mit der Beteiligung hochrangiger Persönlichkeiten in den Räumen des Auswärtigen Amtes und es ging um die brennenden Konflikte dieses Globus.

Es gab also gute Gründe für eine ernsthafte Erwartung, dass für die PCSWA finanzielle Unterstützung eingeworben werden könnte. Aber bei den verschiedenen Anläufen stellte sich immer wieder heraus, dass weder Pugwash, noch gar die VDW in Deutschland über einen ausreichenden Bekanntheitsgrad verfügt, um unmittelbares Interesse bei po-

tentiellen Partnern zu erwecken. Natürlich entspricht es dem eigentlichen Charakter der Pugwash Konferenz, dass sie weniger auf die Öffentlichkeit, sondern mehr nach innen gerichtet ist, auf eine offene Diskussion von Konfliktparteien. Als ‚Medienereignis‘ lässt sie sich daher nicht so leicht ‚verkaufen‘. Diesen Charakterzug der PCSWA sollte man allerdings auch schätzen und bewahren.

Zusammenspiel mit der Politik

Das herausragende Merkmal der PCSWA in Berlin war sicherlich die zeitliche und organisatorische Kombination mit dem European Leadership Network for Multilateral Nuclear Disarmament and Nonproliferation (ELN) unter der Leitung des ehemaligen britischen Außenministers Lord Browne of Ladyton. Zusammen mit dem ELN wurde das „Simons Symposium on European Security and Nuclear Disarmament“ in die Pugwash Veranstaltung integriert. Der erste Tag war somit geprägt von Diskussionsrunden zwischen aktuellen und ehemaligen politischen Entscheidungsträgern.

Einen Höhepunkt bildete die Rede von Egon Bahr. Er unterstrich die besondere Brisanz der aktuellen sicherheitspolitischen Lage. Einerseits würden sich angesichts der bevorstehenden Wahlen in den Vereinigten Staaten, Russland, Frankreich und Deutschland innerhalb der nächsten zwei Jahre keine wesentlichen Änderungen einstellen. Andererseits müsse es darum gehen, für diese Zeitspanne die schwerwiegendsten möglichen Fehler zu vermeiden. Die Bedingungen für Sicherheitspolitik seien weitaus unübersichtlicher geworden, als sie es zu Zeiten einer eher einfachen Abschreckungslogik zwischen den zwei Supermächten USA und UdSSR waren. Es sind neue Mächte als Akteure der globalen Sicherheitspolitik zu berücksichtigen. Allerdings blieben die USA und RUS weiterhin die einzigen Player, die über eine Zweitschlagskapazität verfügen und damit das bisherige Abschreckungssystem wirksam halten können. Daneben entwickelt sich in den Vereinigten Staaten eine strategische Neuorientierung auf konventioneller Waffenbasis: Conventional Prompt Global Strike. Egon Bahr befürchtet, dass mit diesem strategischen Ansatz die leidliche Stabilität nuklearer Abschreckung aus Spiel gesetzt werden könnte. Die komplexe Verbindung zwischen nuklearen und

konventionellen Waffensystemen müsse sehr sorgfältig bedacht werden. Eine „Global Zero“ Politik ist daher auch als Stabilisierung zwischen USA und RUS nötig, um den veränderten Rahmenbedingungen gemeinsam gerecht werden zu können und alle Überlegungen zur Raketenabwehr müssten in engster Abstimmung zwischen den beiden großen Nuklearmächten vorgenommen werden.

Mit der Rede Egon Bahrs waren die Koordinaten für die Berliner PCSWA gespannt. Die Unübersichtlichkeit der globalen Sicherheitspolitik sollte die politischen Entscheidungsträger zur absoluten Vorsicht anhalten. Mindestens die Unabwägbarkeit der technischen Fragestellungen, so ließe sich ergänzen, sollten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als kritisches Korrektiv auf den Plan rufen. Die Pugwash-Bewegung, und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, soviel ist damit nebenbei auch unterstrichen, werden gebraucht.

In den Räumen der Macht

Angesichts des Auswärtigen Amtes als Veranstaltungsort und der großen Einigkeit unter vielen Politikern über das gemeinsame Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen konnte man hingegen den Eindruck gewinnen, die PCSWA – und damit auch die VDW – hätten sich eigentlich überlebt. Es war ja vormals deren besondere Eigenschaft, jenseits des vermeintlich notwendigen politischen Realismus der Regierenden, die Optionen für ein anderes Denken offen zu halten. „Wir müssen auf eine neue Art denken lernen“ hieß es im Russel-Einstein-Manifest. Heute scheinen die Forderungen eines Bundesaußenministers und der Pugwashites fast identisch zu sein. Und in Berlin schien es weiterhin so, als gehöre die Bühne der Konferenz den Politikerinnen und Politikern. Wissenschaftliche Stimmen waren fast nur in den kurzen Sequenzen der Fragestunden zwischen den Podien zu hören. Eine Einschätzung machte in den Randgesprächen die Runde: Die PCSWA würden den Charakter einer zweiten Münchener Sicherheitskonferenz annehmen.

In der Tat wurden im Verlauf der Konferenz viele Übereinstimmungen aber auch Differenzen hinsichtlich der nuklearen Gefahrenwahrnehmung offensichtlich. Es wurde sehr spürbar, wie fragil die politischen Lagen in den heißen Konfliktregionen der Welt sind:

vom Nahen Osten bis zum indischen Subkontinent, von Afghanistan bis Korea. Und es wurde deutlich, wie eng diese Konflikte mit nuklearen Gefährdungen verknüpft sind. Gleichsam über allen Auseinandersetzungen erschienen die großen Mächte USA und RUS in großer Einigkeit bezüglich ihrer gemeinsamen und ihrer gegensätzlichen Auffassungen. Ein Umstand, der erst mit Berücksichtigung der oben erwähnten Mahnungen von Egon Bahr seine eigentümliche Brisanz entfaltet. Nukleares Sicherheitsdenken, konventionelle Waffentechnologie und grundsätzliche politische Veränderungen und Herausforderungen der Gegenwart müssen zusammen bedacht werden. Wir befinden uns in gefährlichen Zeiten. Die Komplexität dieser Dimensionen entfalte sich in den Gängen, in den Arbeitsgruppen und in den Side-Events der Konferenz. Hier kamen Themen wie „Klimawandel“ und „Verantwortung der Wissenschaftler“ zur Sprache. Aber auch die Plenarveranstaltung erhielt durch die Beschäftigung mit der Katastrophe von Fukushima eine bedeutsame Erweiterung. Obwohl sicherlich kein genereller Zweifel aufkam, dass eine nukleare Energiepolitik für viele Länder eine Option bleiben wird, machte sich doch auch Nachdenklichkeit breit. Die tiefe Erschütterung der japanischen Wissenschaftler über die Tragweite der Ereignisse in ihrer Heimat war beeindruckend. Hier wurde fast unmittelbar erfahrbar, um welche Gefahren es bei friedlicher und militärischer Nuklearnutzung geht: auf dem Spiel steht eine lebenswerte Welt und das Leben von Menschen im lokalen und im globalen Maßstab.

Es bleibt die Aufgabe der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auf diese Gefahren aufmerksam zu machen und gegen diese Gefahren zu arbeiten. Es bleibt ihre Aufgabe, die Realität der Schrecken von drohenden Katastrophen aufzuzeigen. Die Berliner Tage haben das ungeschönt vorgeführt. Deutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich auch die Diskrepanz zwischen einem innenpolitischen Unbehagen hinsichtlich der friedlichen Kernenergienutzung und einer Arglosigkeit der öffentlichen Meinung bezüglich der militärischen Atom-Risiken bewusst machen. Zur gleichen Zeit wurde der Atomausstieg durch das deutsche Parlament beschlossen. Die Pugwash Konferenz wurde von Medien und Öffentlichkeit kaum bzw. gar nicht wahrgenommen.

Zukunftsperspektiven und Dank

Mit Rückblick auf die Überlegungen im Dezember 2009, ob die VDW das Wagnis PCSWA angehen sollte, lässt sich sagen: es war richtig und Sache wert. Die VDW hat sich auf der internationalen Bühne präsentiert und sich als Partnerin bewährt. Sie hat sich national als kompetente Akteurin in der sicherheitspolitischen Debatte sichtbar gemacht. Sie hat Anregungen für ihren eigenen inneren Diskurs erhalten. Es gilt nun, diese Anregungen aufzunehmen und z.B. im nächsten Jahr bei den Tagungen anlässlich Carl Friedrich von Weizsäckers 100. Geburtstag daran anzuknüpfen.



Die VDW konnte als gute Gastgeberin auch in Erscheinung treten, weil viele Mitglieder dem Spendenaufruf zugunsten der Dampferfahrt auf der Spree freundlich gefolgt sind. Dieser Abend war atmosphärisch ein Höhepunkt der Konferenz. Dafür sei allen gedankt, die sich an diesem Topf beteiligt haben.

Ein großer Dank in die VDW hinein zum Schluss: Er gilt zuvorderst Götz Neuneck für sein Pugwash-Engagement und für seine Bemühungen um diese Tagung. Er gilt den Mitwirkenden aus dem Kreis der VDW und er gilt ganz besonders Reiner Braun, der sich von keiner Schwierigkeit beirren ließ. Er gilt seinem Team aus der Geschäftsstelle nebst Verstärkung: Julia Pippig, Lucas Wirl, Moritz Rehmet, Ursula Scheffler, Lena Braun, Lena Theiler, Kristine Karch, Zoe Heuschkel, Mikis Wulkow, Corinna Sinzig, Magdalena Polokowski, Isabelle Toppe, Sophia Jäckel, Agnieszka Kulma, Leonard Bartosch und Roslyn Cook.

Ohne sie alle wäre die freundliche und fruchtbare Atmosphäre der Berliner Tage nicht entstanden.

Statement of the Pugwash Council

Berlin, Germany

5 July 2011

FINAL



The Council of the Pugwash Conferences on Science and World Affairs reaffirms its commitment to a world free of nuclear weapons. The Council calls for nuclear disarmament by *all* countries that possess nuclear weapons. The Pugwash Council urges the peaceful resolution of conflict in areas where nuclear risks are present. Dialogue is essential if we are to overcome the walls that divide people, countries, religions, and ideas. Disarmament—particularly nuclear disarmament, arms control, and military and non-military confidence-building measures are powerful instruments in creating a more peaceful and secure world.

Today's dynamic international environment shows the continuing relevance of the 'new thinking' called for in the 1955 Russell Einstein Manifesto. This new thinking must be based on democratic people-centered values. Democratization, equality, justice, the rule of law, mutual respect and an increasing recognition of sustainable people-centered policies should emerge as the dominant trends in national and global governance. This must be encouraged in all possible ways.

Existing nuclear arsenals, with more than 20,000 nuclear weapons, remain one of the greatest security threats facing world society. In the absence of further serious moves toward nuclear disarmament, proliferation is made more likely. Emerging challenges, including the possibility of nuclear terrorism by non-state actors, have further complicated the security environment.

The Pugwash Council urges that significant and visible steps to reduce the number and salience of nuclear weapons begin immediately. The Council calls for further clear and strong signals of political will, well beyond the important achievements of New START and the results of the 2010 NPT Review Conference. Meaningful and sustainable progress

towards the elimination of nuclear weapons cannot be achieved in isolation from other factors shaping the global military-political landscape.

The Pugwash Council notes with concern the continuing excessive world military expenditures and calls for concerted international efforts to combat the continued reliance on conventional weapons and war. We are on the brink of a wave of deployment of novel conventional military technologies which will have strategic implications and change the way war is fought, including conventional ICBMs, exo-atmospheric aircraft, robotic warfare, and new kinds of conventional warheads. Cyber-warfare is beginning to form part of military doctrines and war-fighting scenarios and to affect military command and control structures. In addition, the convergence of chemistry and biology, together with other related breakthroughs in science and technology will soon begin to challenge existing treaty regimes outlawing other weapons of mass destruction – chemical and biological.

The Council identifies measures urgently required for arms control and disarmament:

- ✧ Visible and strong further progress in the direction of nuclear disarmament by all states possessing nuclear weapons.
- ✧ Further deep-cuts of the nuclear arsenals of the United States and Russia.
- ✧ The entry into force of the Comprehensive Test Ban Treaty. To this end, all governments also should reaffirm their intention not to test nuclear weapons.
- ✧ The beginning of *bona fide* multilateral negotiations of a Fissile Material Cut Off Treaty.
- ✧ Agreement/s on assurances that all countries that do not possess nuclear weapons will not be attacked by nuclear weapons.

- ✧ Discussions on agreement/s banning the first use (or use) of nuclear weapons. All states should participate in these discussions, regardless of whether or not they possess nuclear weapons.
- ✧ Concrete work towards legally-binding universal agreement/s (such as a Nuclear Weapons Convention) banning the possession of nuclear weapons.
- ✧ Universal participation in the Chemical and Biological Weapons Conventions.
- ✧ Promotion of all efforts aimed at extending the Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT) to make it universal.
- ✧ Support by states for the ongoing negotiations for the Arms Trade Treaty, bearing in mind the increased transparency it will provide.
- ✧ Reaffirmation by states of their commitments to the non-weaponization of space and recognition of the challenges posed by further development and deployment of ballistic missile defence technologies and systems.
- ✧ Support for initiatives facilitating regional disarmament and security agreements such as the progress towards a WMD free zone in the Middle East, and the resumption of the Six Party Talks for the Korean Peninsula. Moreover other possible regional arms control initiatives and the establishment and the consolidation of nuclear weapons free zones should be promoted.

European Security and Nuclear Disarmament

There is an urgent need for new perspectives on the European security architecture and its core structures. This should be based on greater understanding of mutual threat perceptions, including the perspectives of 'out of area' countries. NATO as a nuclear alliance must demonstrate a commitment to reduce the salience of nuclear weapons. Political leaders should drive the NATO Defence and Deterrence Posture Review, encouraging maximum transparency and full engagement of the NATO-Russia Council. NATO doctrine should confirm that the only possible role of nuclear weapons is to deter a nuclear attack, as a step toward further reducing the salience of nuclear weapons and achieving a nuclear weapon free world. Vigorous efforts to estab-

lish a new foundation for the control and regulation of conventional forces and armaments are also required.

The Pugwash Council calls for the immediate removal of US nuclear weapons from Europe, and establishment of the principle that states with nuclear weapons should not base them on foreign soil. The concept of extended deterrence, the continued hosting of some 200 US B61 nuclear weapons in five NATO countries, upgrading nuclear arsenals, the possible deployment of dubious BMD technologies for some ill-defined threat, and continued reliance on so-called tactical nuclear weapons to countervail conventional inferiority are all working against decreasing the salience of nuclear weapons.

As we learn from the European Leadership Network for Multilateral Nuclear Disarmament and Non-Proliferation and others, the message from Europe about nuclear disarmament can be different from what we see now. Promoting vigorous European contributions to nuclear disarmament is not only relevant for the security and stability of Europe, but also for the effects that these contributions may have on the rest of the world, particularly on those countries that may feel that a nuclear capability will be required sooner or later to protect themselves.

WMD and Nuclear Weapons in the Middle East

Establishing a zone free of nuclear weapons and other weapons of mass destruction in the Middle East is a high priority for the region and crucial for the integrity of the Nuclear Nonproliferation Treaty. To facilitate progress, states should be more transparent and adopt a gradual but steadfast approach to the issue. Early on, small steps can build confidence, but substantive measures are urgent, such as ratification of the CTBT, cut-off of production of fissile materials for military uses, promotion of regional and international cooperation in the production of the nuclear fuel under the full supervision of the IAEA and possibly with the cooperation of other appropriate international organizations.

The Pugwash Council notes the 1 July 2011 statement of the "permanent five" of

the UN Security Council (P5) which “welcomed the steps taken by the US, Russia and the UK towards holding a Conference on a Middle East WMD Free Zone (MEWMDFZ) in 2012,” and calls for more transparency on the steps mentioned. Deciding soon on a facilitator and host country can enable consultations leading to the convening of the conference. Further discussions must include definition of the scope, membership, and the general framework of such a zone.

The Middle East

There have been dramatic changes in the Middle East. Revolts against totalitarian and authoritarian regimes and in support of basic democratic freedom have spread with variable results. The Pugwash Council calls for more coherence in promoting the basic principles of democratic processes and removing the obstacles to their achievement.

With regard to the Israeli-Palestinian conflict, the Council notes some positive developments, such as the unity reached by the Palestinians. Despite some occasional improvements of the security situation on the ground, the prospects for the resolution of the conflict are far from promising. The occupation continues, Gaza remains under (partial) blockade, and Israeli settlements in the West Bank (and especially East Jerusalem) are expanding. The Council considers as important steps the international recognition of the Palestinian State and the pursuit of meaningful and effective negotiations between Israelis and the Palestinians.

South Asia

In South Asia, there is a long list of grievances and unresolved issues between the nuclear neighbors India and Pakistan. The significant trust deficit in the region must be overcome urgently to guard against the possibility that a future terrorist attack might initiate a train of events that could spin out of control. The Pugwash Council welcomes steps that can contribute to a counter narrative to conflict, including: further cooperation of legal, intelligence, military and governmental institutions (including, but not limited to, the fight against terrorism), facilitating cross-border communications (including allowing

mobile phone roaming and media access of the other side's television), easing people to people contacts (including across the Line of Control in Kashmir) and increased air travel between the two countries.

Afghanistan

The Pugwash Council recognizes the huge impact of ten years of war in Afghanistan, on the Afghan people and on regional stability. There is a general sense of fatigue in all the countries that sent military forces to Afghanistan. Life for ordinary Afghans is as dangerous and difficult as it has ever been, despite the economic aid that has been funneled into Afghanistan. This war has engaged, at great cost, 50 or so foreign countries and has yielded at best dubious results. Careful planning and dialogue are needed to ensure a political solution so that 2014 does not repeat the disastrous mistakes of 1989.

The Pugwash Council urges immediate exploration of how best to bring about peace in Afghanistan. There is no military solution to the Afghanistan problem; reconciliation talks with full transparency should be pursued by all stakeholders. Nearly everyone today is discussing the idea of talking to Talibans. Further thought is needed as to the modalities of such talks: who to engage, and where to hold talks. Engagement must be based on respect on all sides. Consideration should be given as to how to generate a plurality of initiatives, and the space for discussions among Afghans on the structure of the society that should come out from the reconciliation process. There is also scope for regional dialogue, involving countries surrounding Afghanistan, on these and related issues.

The Iranian Nuclear Program

Iran, unlike a few other Middle Eastern countries is a member of a large number of arms control treaties. Not only have increased sanctions and pressures proven to be largely ineffective in influencing the Iranian nuclear program, but these measures have instead opened space in the international debate for considering a possible military action against nuclear facilities in Iran.

The Pugwash Council urges a non-military solution and calls for an agreement that will put an end to this nuclear controversy. Any such agreement should imply no further discrimination (beyond what is already embedded in the NPT) on the right to conduct civilian nuclear activities while also providing for full and robust international monitoring by the IAEA or other appropriate international organizations of any nuclear activities in Iran and in any other country. We underline that there should be international cooperation in the field of nuclear energy, including the internationalization of nuclear fuel fabrication.

Fukushima

The Pugwash Council expresses its deep sympathy for the people of Japan and gratitude to those who are putting their own lives at risk to minimize further catastrophe. Noting this disaster occurred in a country that already has an advanced nuclear technological infrastructure, the Council urges all countries seeking nuclear energy to carefully reconsider the long-term responsibilities and risks (including proliferation risks). The Council is encouraged by the public debate in Japan which has forced reexamination of its nuclear power policies.

While all countries have a right to pursue peaceful uses of nuclear energy, this tragedy has reminded us all once again that the careless use of science and technology can create serious problems. It is, of course, up to each nation to decide, whether, and to which degree it wants to rely on nuclear energy for power generation, but such decisions must take into account the need to ensure maximum safety and security standards, long-term consequences and the legitimate concerns of other countries.

As citizens around the world ask difficult questions about the future of nuclear energy, there is a need to ensure that safety, reliability, proliferation resistant technologies, and alternative energy are fully explored. In the wake of the Fukushima tragedy some countries have opted to start the transition to nuclear-free energy, others continue to rely on nuclear power generation. Whatever the basic national choices can be, it is clear that

the world needs today a new generation of stricter international standards of nuclear safety and security and enhanced transparency with their enforcement

Climate Change

Climate change poses new threats but also opportunities for cooperation. For example, water is often cited as a likely source of conflict. Yet the empirical evidence shows that water far more often leads to enduring cooperation arrangements. In general, the connection between resource scarcity and armed conflict is far less evident than is generally thought. Arresting and mitigating climate change raises serious issues of global equity. At the same time, cooperative and renewable solutions, such as solar and wind, offer great promise for slowing climate change, achieving the mandatory shift to new energy sources, and for creating a world of better distributed resources.

Social Responsibility of Scientists

Pugwash originated as a group of scientists concerned about the use to which science is put, initially in the context of nuclear weapons. The social responsibility of scientists has become increasingly important in both informing robust and evidence-based policy making and in the responsible use of science. Scientific input will continue to be critical in dealing with emerging technological risks, including the challenge of tackling climate change and giving early warning of potential disaster and the amelioration of disaster consequences, as at Fukushima. The problems of ensuring scientific quality in an environment of secrecy (whether for national security or commercial reasons) need to be addressed, as do those inherent in the possible dual use of scientific advances such as nanotechnology. More attention should be given to the exploitation of science and technology for human development rather than human – and environmental – destruction, and to the broader education of working scientists in their responsibilities to society.

Conclusion

The Pugwash community draws inspiration from the positive legacy of the city of Berlin

and looks to a future where we continue to create peace and security through dialogue and cooperation. If walls can come down here, there is hope for those who struggle elsewhere that it is possible to create common ground and a more secure world for future generations. The Council notes again the important role of young people in these discussions, and congratulates the International Student/Young Pugwash movement for promoting these issues among their peers.

More than 350 people from 43 countries took part in the 59th Pugwash Conference on Science and World Affairs, "European Contributions to Nuclear Disarmament and Conflict Resolution," from 1-4 July 2011 in Berlin. The 2nd Simons Symposium, "European Security and Nuclear Disarmament," was co-sponsored with the European Leadership Network for Multilateral Nuclear Disarmament and Non-

Proliferation and involved German Foreign Minister Guido Westerwelle and other current and former policy makers. International Student/Young Pugwash convened a meeting of 32 people from 18 countries, with a focus on the Middle East. International Pugwash and the German Pugwash Group (the VDW) thank all those who made this conference and related work possible, and in particular recognize the pivotal financial and logistical support provided by the German Federal Foreign Office, and the generous support of the Simons Symposium provided by the Simons Foundation (please see our website for a full list of supporters of this conference). The Council also noted with deep appreciation the many years of dedication and leadership provided by former Executive Director Dr. Jeffrey Boutwell, and former Pugwash Council Member and Chair Prof. Marie Muller.

www.pugwash.org

THE 59TH PUGWASH CONFERENCE ON SCIENCE AND WORLD AFFAIRS

Berlin 1-4 July 2011

By Jayantha Dhanapala

Years ago, at the height of the Cold War on 26 June 1963 President John F. Kennedy famously proclaimed in Berlin, "Ich bin ein Berliner" identifying himself with the beleaguered city where a wall had just been erected isolating West Berlin and its citizens. Years later, from July 1-4 2011, over 330 Pugwashites from about 43 countries converted themselves to being Berliners striving to break down the walls among and around them. As the Pugwash Council Statement said at the conclusion of the 59th Conference convened by the Nobel Peace Prize winning Pugwash Conferences on Science & World Affairs, "The Pugwash community draws inspiration from the positive legacy of the city of Berlin and looks to a future where we continue to create peace and security through dialogue and co-operation. If walls can come down here, there is hope for those who struggle elsewhere that it is possible to create common ground and a more secure world for future generations."

Appropriately, the idea of the Berlin Conference grew out of an official visit I made to Germany in 2008 as the 11th President of

Pugwash over a luncheon meeting with Ambassador Peter Gottwald at the Federal Ministry of Foreign Affairs. I saw it as a means of Germany asserting its rightful role in global disarmament apart from reinforcing the German link with Pugwash. The idea was nurtured by Professor Gotz Neuneck – the sole German on the Pugwash Executive Committee – in his conversations with the German Foreign Ministry and when I visited Berlin again in October 2009 for the 50th anniversary of the Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.) – the Federation of German Scientists – which was the national Pugwash group. The emergence of the new German Coalition Government with Foreign Minister Guido Westerwelle boldly committed to the removal of US nuclear weapons from German soil, and the European Leadership Network for Multilateral Nuclear Disarmament and Non-Proliferation led by former UK Defence Secretary Lord Desmond Browne and which included veteran German politicians like Egon Bahr, were catalysts in the preparations for the Conference.

The theme of the Berlin Conference was "European Contributions to Nuclear Disarmament and Conflict Resolution" focusing on the European role in multilateral affairs. The United Nations Secretary-General, Ban Ki-moon, in a message to the Conference thanked Pugwash – "for over a half century of efforts to bring scientists and policy-makers together to advance common interests in peace, security and human welfare worldwide" and pledged to pursue the priority he was giving to nuclear disarmament and nuclear non-proliferation with the support of Pugwash and civil society. Following the precedent set at the earlier Pugwash Conference held in The Hague in 2009, the first day was devoted to the Simons Symposium on the theme European Security and Nuclear Disarmament with a keynote address by Hon. Guido Westerwelle, the Foreign Minister of Germany. Pugwash's convening power was illustrated by the high level speakers at the plenary sessions culminating in the session on "Further steps on US-Russian nuclear disarmament" at which Deputy Foreign Minister Sergei Ryabkov of Russia and Under Secretary of State, Ellen Tauscher of the USA spoke and followed by active audience participation. The themes of tactical nuclear weapons in Europe, revisiting of the Treaty on Conventional Forces in Europe (CFE), strengthening of the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE), the role of Ballistic Missile Defense (BMD) systems in US-Russian relations and the role of Europe in the path to Global Zero dominated the discussions.

The next three days were devoted to meetings of the six Working Groups on Nuclear Disarmament and Non-proliferation (after the 2010 NPT Review Conference); Prospects of Peace and Security in the Middle East; Regional Stability in Central and South Asia: the Situation in Afghanistan and Indo-Pakistani Relations; European Security and Disarmament (nuclear and conventional arms control and disarmament); Social Responsibility of Scientists; and, Climate Change, Resources and Conflict Prevention. Plenary Sessions were held on "Iranian Nuclear policy", "What future for Palestine? How can Europe Help?", "What Progress on the CTBT?", "Eliminating WMD in the Middle East", "Prospects for Conflict Resolution in Afghanistan",

"Improving Relations Between India and Pakistan" "Problems and Opportunities in the Changing Middle East", the report of the Secretary General and the Presidential address. A hallmark of all these discussions was the high-level participation of key personalities from the regions and experts in the different areas who served on the panels and were available for questions from the audience in an atmosphere of transparency and constructive dialogue. These were current and former policy makers but what was significant was that their views were blended with public opinion in an effort to democratize conflict resolution as we learn the lessons of the "Arab Spring".

The traditional Dorothy Hodgkin Lecture was a power point presentation by Dr. Tatsujiro Suzuki, Vice-Chairman of the Japan Atomic Energy Commission and a former Pugwash Executive Committee member. His subject was highly topical "The Fukushima Nuclear Accident: lessons learned (so far) and possible implications". Dr. Victor Gilinsky, former Commissioner of the US Nuclear Regulatory Commission at the time of the Three Mile Island accident was the discussant comparing the two accidents and the action taken. Among the side events were two dinner time presentations on the proposed Arms Trade Treaty due to be concluded in 2012. The International Student/Young Pugwash convened a meeting of 32 people from 18 countries with a focus on the Middle East to run parallel with the Pugwash Conference in Berlin and the Pugwash Council had the pleasure of meeting with them over dinner one evening. This follows a Pugwash tradition and ensures that there is a constant and mutually beneficial interaction between the younger generation and the older Pugwash members.

A key to the success of the Conference was of course the support given by the German Pugwash Group – the VDW led by its President Prof. Ulrich Bartosch and Dr. Reiner Braun to whom Pugwash owes a deep debt of gratitude. As I stated in my Presidential Address at the Berlin Conference – The document "Principles, Structure and Activities of Pugwash" adopted at Bari in 2007 for the current quinquennium provides us all with a

compass. In particular let me quote the section on Principles:

"The Pugwash Movement is the expression of the awareness of the social and moral duty of scientists to help to prevent and overcome the actual and potential harmful effects of scientific and technological innovations, and to promote the use of science and technology for the purpose of peace.

Its main objective is the elimination of all weapons of mass destruction (nuclear, chemical and biological) and of war as a social institution to settle international disputes. To that extent, peaceful resolution of conflicts through dialogue and mutual understanding is an essential part of the Pugwash activities, that is particularly relevant when and where nuclear weapons and other weapons of mass destruction are deployed or could be used.

It is clear from the report of Pugwash activities on our website, and the proceedings of this conference, that we have faithfully followed this mission within our capabilities, limited as they are by our financial and human resources. It is also clear from the message of the United Nations Secretary General to this Conference that the United Nations (UN), and indeed the rest of the world, looks to us for leadership in fulfilling this mission."

Let us continue to learn to "think in a new way" and "remember our humanity" as the Russell-Einstein Manifesto of 9th July 1955 urged us to do.

Jayantha Dhanapala is a former Ambassador of Sri Lanka and a former UN Under-Secretary-General of Disarmament who is currently President of the Pugwash Conferences on Science & World Affairs. Further details of the Berlin Conference can be obtained from the Pugwash website at www.pugwash.org.

THE 59TH PUGWASH CONFERENCE ON SCIENCE AND WORLD AFFAIRS

Berlin 1-4 July 2011

Kommentar von Klaus Gottstein

Der Konferenzort Auswärtiges Amt

Ich habe seit 1975 an mehr als vierzig Pugwash-Konferenzen, -Symposien und -Workshops teilgenommen - allerdings zum letzten Mal vor diesem Berliner Treffen an der Pugwash-Konferenz in La Jolla 2002. Soweit ich mich erinnere, hat eine Pugwash-Konferenz noch nie in einem Gebäude und auf Kosten eines Ministeriums stattgefunden. Pugwash war früher sehr darauf bedacht, von Regierungseinflüssen völlig unabhängig zu sein, um die Politik der Regierungen ganz unbeeinflusst kritisieren zu können. Pugwash-Konferenzen fanden früher immer im Rahmen wissenschaftlicher Institutionen, also in Universitäten und Akademien und in deren Instituten und Zweigstellen statt, oder wie die erste dieser Konferenzen im Hause und auf Kosten eines unabhängigen Mäzens. Man könnte es als Erfolg von Pugwash interpretieren, dass es gelungen ist, eine nationale Regierung wie die deutsche zur Identifizierung mit den Zielen von Pugwash zu bewegen und sich wie Pugwash für nukleare Abrüstung, Konfliktlösung und Friedenserhaltung in der

Welt einzusetzen und daher die Pugwash-Bestrebungen zu fördern. Aber dies könnte bei einer Änderung der politischen Landschaft auch wieder anders werden, und so sollte die Unabhängigkeit von Pugwash auch weiterhin als ein hohes Gut angesehen werden.

Der ungewöhnlich hohe politische bzw. administrative Rang vieler der Teilnehmerinnen und Teilnehmer



Dass die Pugwash-Konferenz im Auswärtigen Amt stattfand und dadurch und insbesondere durch die Eröffnungsrede des Außenministers einen halboffiziellen Anstrich bekommen hatte, mag dabei eine Rolle gespielt haben. Zwar gab es auch bei früheren Pugwash-Konferenzen Grußadressen von Staatsoberhäuptern oder Ministern und die gelegentliche Konferenz- oder Workshop-Teilnahme eines noch aktiven Regierungsbeamten oder Militärs auf Arbeitsebene, aber nie - wie diesmal -- die Teilnahme von Rednern im Range der stellv. Außenminister der USA und Rußlands und so hoher Regierungsvertreter wie diesmal aus Irak, Iran, Ägypten, Afghanistan, Israel, Palästina, Indien und Pakistan. Bemerkenswert war auch die Beteiligung der aktiven Repräsentanten der UNO und der Bundesregierung in Kabul. Gerade das persönliche Auftreten aller dieser einflussreichen Politiker mit ihren Statements machte die Konferenz für uns Nicht-Politiker hochinteressant. Die Politiker nutzten sicher gern die Gelegenheit, auch auf dieser Bühne ihre Interessen zu vertreten und für ihre Standpunkte zu werben. Die aktiven Politiker der verschiedenen Staaten und Regionen allerdings kannten sich und ihre gegenseitigen Positionen meist bereits schon länger, was im Fall der stellvertretenden Außenminister der USA und Russlands besonders augenfällig war. Die Argumente, mit denen diese Positionen begründet wurden, waren aber auch für aufmerksame Leser guter Tageszeitungen und Zeitschriften nicht neu.

Die geringe Rolle, die Wissenschaftler in den Plenarsitzungen spielten

Unter den 33 Panelists, die in den 13 Plenary Sessions zu Worte kamen, waren nur 5 Wissenschaftler (Sergey Rogov, Steven Miller, Tatsujiro Suzuki, Victor Gilinsky, Paolo Cotta-Ramusino). Anwesende Wissenschaftler von Rang aus renommierten Instituten waren in den Plenarsitzungen darauf angewiesen, in den kurzen Diskussionsperioden am Ende jeder Panel Session unter Zeitdruck kurze Fragen und Feststellungen anzubringen. Die Pugwash-Konferenzen sollten aber von Anfang an wissenschaftliche Veranstaltungen sein. Dass die Politiker sich in lebenswichtigen Fragen nicht einigen können und gefährliche Wege einschlagen, ist eine alte Erfahrung und führte zu der Aufforderung der Unterzeichner des Russell-Einstein-Manifests "that scientists

should assemble in conference", um die drohenden Gefahren zu diskutieren, mögliche Auswege aus den Konfrontationen zu finden und ihre Regierungen in diesem Sinne zu beeinflussen. Das führte dann zu den Pugwash-Konferenzen. Bei der Berliner Pugwash-Konferenz hatte ich jedoch den Eindruck, dass weder die Politiker den Rat der Wissenschaft zur Lösung der Konflikte suchten, noch die Wissenschaftler bestrebt waren, Lösungsoptionen und Konsequenzen für die behandelten Konflikte zu erarbeiten und den Politikern anzubieten. Vielmehr benutzten die Politiker die Konferenz als ein Forum zur Präsentation ihrer vorgefassten Meinungen, während die Wissenschaftler nur den Ausführungen der Konfliktparteien lauschten, wenn auch mit durchaus wissenschaftlichem Interesse.

Die veränderte Rolle der Working Groups

In den traditionellen Pugwash-Konferenzen, wie ich sie kannte, spielte sich die eigentliche Arbeit der Problemanalyse und der Diskussion von Lösungsmöglichkeiten in den Working Groups ab. Jede der Working Groups einigte sich auf einen von ihrem Rapporteur entworfenen Bericht. Die Berichte wurden in einer geschlossenen Sitzung dem Plenum von den Rapporteurs vorgetragen. Nach jedem Bericht hatten die Mitglieder der jeweils anderen Working Groups die Möglichkeit, kurze Fragen oder Einwendungen vorzubringen. Anschließend berieten die Working Groups noch einmal, ob bzw. wie sie solche Fragen und Einwendungen berücksichtigen sollten. Die fertigen Berichte der Working Groups gingen an den Pugwash Council. Der Council entschied in einer eigenen Sitzung nach Schluss der Konferenz hinter verschlossenen Türen darüber, welche Teile der einzelnen Berichte der Working Groups er in die Schlusserklärung der Konferenz aufnehmen wolle. Nur diese Schlusserklärung wurde der Öffentlichkeit übergeben. In ihr wurden Argumente, aber keine Namen genannt nach dem Muster „Ein Teilnehmer erklärte..." Namen mit Nationalitäten wurden nur in der veröffentlichten Teilnehmerliste genannt.

Diesmal haben die Teilnehmer einer Working Group nicht erfahren, was in den anderen Working Groups im Einzelnen beraten, festgestellt oder beschlossen wurde. Es gab nur Gerüchte während der Kaffeepause.

Aus dem letztgenannten Grunde bin ich nicht imstande, "die wesentlichen Ereignisse und Schwerpunkte der Konferenz kommentierend zusammenzufassen." Ich habe an WG 6 teilgenommen. Nach den Gerüchten sollen sich in anderen WGs dramatische Szenen abgespielt haben, die womöglich wesentliche Ereignisse der Konferenz waren. Ich hätte zum Beispiel gern gewusst, ob die anwesenden Nordkoreaner an WG 1 teilgenommen haben und ob sie, wenn ja, sich dort zum nordkoreanischen Nuklearprogramm geäußert haben und, wenn ja, in welcher Weise.

So kann ich lediglich einige Aussagen aus den Plenary Sessions nennen, die mir persönlich bemerkenswert erschienen. Dazu gehörten:

1. Die Ansichten des afghanischen Ministers Stanekzai und der Botschafter Steiner und Taylor zur schlußendlichen Lösung des Afghanistan-Konflikts.

In den dreieinhalb Jahren bis zum Abzug der letzten NATO-Truppen muss Stabilität erreicht werden, und zwar in 5 Bereichen oder Schritten: Transition, Peace Consolidation, Building Security, Regional Collaboration, International Recognition. Ökonomische Fortschritte müssen als Anreiz hinzukommen. Auch nach dem Abzug müssen Ausbilder und Berater im Land bleiben, damit die inzwischen ausgebildeten afghanischen Soldaten und Polizisten wissen, dass sie einen stabilen Job haben. Die Taliban wissen angeblich, dass sie militärisch nicht gewinnen können. Die Nachbarn würden das nicht gestatten, Afghanistan wäre isoliert und müsste hungern. Daher wissen die nicht-extremistischen Taliban, dass sie im Bereich der Menschenrechte, der Schulausbildung von Mädchen, der Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben Kompromisse schließen müssen. Verhandlungen mit kompromissbereiten Taliban sollten ohne Vorbedingungen geführt werden. Es muss sichergestellt werden, dass gesprächsbereite Taliban von den Abschusslisten der ISAF-Truppen gestrichen werden. Militärische Strategien müssen durch politische Strategien und Programme zum zivilen Wiederaufbau ersetzt werden, damit die Bevölkerung überzeugt wird. Langfristig ist dann Frieden in Afghanistan möglich.

2. Die Vorstellungen des israelischen Ex-Ministers Braverman und eines israeli-

schen Diskussionsredners zur Zukunft eines selbständigen Palästinenserstaates.

Wegen der guten Zusammenarbeit zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Geheimdienst habe die Zahl der Bombenanschläge und Raketenangriffe in letzter Zeit merklich nachgelassen. Sollte ein künftiger Staat der Palästinenser wegen seines unzusammenhängenden Gebiets, auf sich gestellt, nicht lebensfähig sein, könne er sich ja eng an Jordanien anlehnen. Mit Israel sollte er gutnachbarlich zusammenleben.

Für mich waren diese Ausführungen interessant, aber ich bezweifle, ob dies Neuigkeiten für die anwesenden Politiker waren bzw. von ihnen als ernsthafte Kompromissmöglichkeiten angesehen wurden. Wissenschaftler kamen, wie gesagt, relativ wenig zu Wort. Auch muss ich anmerken, dass diese meine Mitteilungen nach den früheren Pugwash-Maßstäben eigentlich problematisch wären, weil auch die Plenarsitzungen - von der Eröffnungssitzung abgesehen - vertraulich waren und es, wie oben gesagt, die Prerogative des Council war, die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Konferenz zu informieren. Jedoch war es die Aufgabe der einzelnen nationalen Gruppen der wissenschaftlichen Konferenzteilnehmer, ihre jeweils eigene Regierung über die Konferenzergebnisse und die sich daraus ergebenden Handlungsoptionen bzw. Empfehlungen zur Friedenserhaltung zu informieren. Das ist früher unsererseits auch in vertraulichen Berichten an die Bundesregierung geschehen. Ein Bericht in einem VDW-Rundbrief kann natürlich kaum als vertraulich angesehen werden. Aber offensichtlich sind die Redner in den Plenarsitzungen auch nicht davon ausgegangen, dass diese Sitzungen vertraulich waren, zumal Pressevertreter anwesend waren. Ich traf zufällig eine Journalistin des "Neuen Deutschland", die mir auf meine Bitte hinterher drei Ausgaben dieser Zeitung zusandte, die ausführliche Berichte über die Pugwash-Konferenz und ein Interview mit Ihnen enthielten.

Diesmal ist uns ein abschließender Bericht auch deshalb noch nicht möglich, weil uns die Ergebnisse aus den Working Groups nicht vorliegen, falls nicht jede der 6 Gruppen einen deutschen Teilnehmer bzw. eine deut-

sche Teilnehmerin hatte, was ich nicht nachgeprüft habe. Aber selbst in diesem Falle lägen uns die allein maßgeblichen Berichte der Rapporture nicht vor. *[1]*

Abschließend ist mein Eindruck, dass Herr Cotta-Ramusino mit Unterstützung oder Duldung von Herrn Dhanapala das Bestreben hat, aus den Pugwash-Konferenzen so etwas wie eine kleinere Schwester der alljährlichen Münchener Sicherheitskonferenzen zu machen, die seit 2008 unter der Leitung des ehemaligen Staatssekretärs des Auswärtigen Amts und Botschafters in Washington Wolfgang Ischinger stehen, der in Berlin zu den Panelists der ersten Plenary Session gehörte. In München diskutieren Außenminister und häufig auch Regierungschefs vor einem erlesenen Auditorium mit einander über die anstehenden internationalen Sicherheitsproble-

me. Auf der Berliner Pugwash-Konferenz waren es immerhin deren Stellvertreter. Das ist als Ergänzung sicher nützlich, die anwesenden Pugwashites bekamen einen Einblick in die großen Schwierigkeiten, die einer Friedenssicherung in einigen der Konfliktzonen der Erde entgegenstehen. Ob es auch dem ursprünglichen Pugwash-Auftrag "Scientists should assemble in conference" entspricht, ist eine andere Frage.

/*[1]*/Fußnote vom 21. Juli 2011: Inzwischen sind die ausgezeichneten Berichte der Working Groups 2, 3 und 6 für „Participants only“ (mit Kennwort) auf der Pugwash-Website einsehbar. Für die Working Groups 1, 4 und 5 heißt es dort „Final Report: Coming soon“/

Presidential Address at the 59th Pugwash Conference on Science and World Affairs

4th July 2011

by Jayantha Dhanapala

It is two years since I had the privilege of addressing you, in my capacity as the President of the Pugwash Conferences on Science and World Affairs – the 11th in a line over a period of 54 years traceable to our founder President Lord Bertrand Russell. That was in The Hague. We now meet in Berlin – a city which symbolizes the end of the Cold War. We are all converted into being Berliners by committing ourselves to breaking down the walls that separate us. I value this periodic opportunity to share some of my thoughts with you on global security issues. (...)



Developments since the 2009 Pugwash Conference

2009, was a year of promise with President Obama's memorable speech in Prague, the negotiations between the United States (US) and Russia and many other hopeful signs. It was a spring time of hope – but I asked then, cautiously, having lived through several false dawns, whether we were going to see a summer season for disarmament. In January 2010, in my presence in New York, the Bulletin of the Atomic Scientists with which Pugwash has a sibling relationship, moved the minute hand of its famous "Doomsday Clock" one minute away from midnight citing a "more hopeful state of world affairs". The Clock is now at six minutes to midnight. Many of us felt, as the Bulletin did, that "We are poised to bend the arc of history towards a world free of nuclear weapons". 2010 saw some fulfillment of those hopes with the signature and the eventual ratification of the New START treaty between the US and Russia; the Washington Nuclear Security Summit; the document at a Non Proliferation Treaty (NPT) Review Conference after 10 years with significant decisions on a weapons of mass destruction free zone (WMDFZ) in the Middle East. 2011, I fear, could signify a re-

turn to business as usual. Indeed a significant drop in the momentum of multilateral activity on disarmament issues is noticeable. Civil society together with organizations like Pugwash must ensure that this does not happen despite the compulsions of an election year in the US, Russia and other places that loom ahead. Peace and disarmament in the world cannot be held hostage to any nation's domestic political processes.

New START

(...)

When New START was signed on April 8, 2010, it was rightly hailed as a return to traditional nuclear arms control through verifiable and irreversible treaty arrangements between the two nuclear giants who own an estimated 95% of the nuclear weapons in the world. This was also part of the long overdue "resetting" of U.S.-Russian relations, which had been allowed to slide under both Clinton and Bush II, and almost resulted in a clash over Georgia.

It is, in reality, a modest disarmament measure. An estimated 30% reduction of permitted deployed strategic nuclear weapons over a seven-year period is envisaged out of the total of 20,530 nuclear warheads in the arsenals of eight nuclear weapon-armed countries. Approximately 5000 of these weapons are deployed and ready for use, including nearly 2000 that are kept in a state of high operational alert.

Apart from those with a visceral allergy to any arms reduction, specific attention was focused on opponents of New START on its verifiability – a rich irony when the 2002 Strategic Offensive Reduction Treaty (SORT) had no verification and the 1991 START I arrangements were allowed to lapse in December 2009. There was also criticism of the innocuous preambular language on missile defence leading to wild accusations of secret agreements to abandon what is in fact a wasteful, ineffective and provocative military programme with illusory defence and the real danger of another arms race in Ballistic Missile Defence (BMD) systems.

The Obama Administration was in a defensive mode both before and after the 2010 mid-term Congressional elections with its swing towards the GOP. A readiness to com-

promise on fundamental principles disappointing the hopes raised by the Prague speech morphed from flexibility to ensure the right numbers to downright deal-making as some Republican Senators upped the ante at the behest of lobbyists. Some voices were heard in Russia offering a mirror image of latent cold war mindsets there too. This is ominous in terms of our expectations of post New START negotiations.

Just as Obama's liberal supporters were disappointed over what finally came out as health reform, similar disappointment is now being voiced over the concessions made to secure the ratification.

(...)

Many believed Obama when he declared – "clearly and with conviction America's commitment to seek the peace and security of a world without nuclear weapons." Adding "(we) must ignore the voices who tell us that the world cannot change. We have to insist, 'Yes, we can.'".

Obama can still redeem himself by continuing to seek the elimination of nuclear weapons despite the odds he faces. He needs the support of the international community for this.

(...)

The agenda for disarmament and in particular, nuclear disarmament, contains a welter of unfinished business. The CTBT has still to enter into force and the US administration must ensure its ratification by the US Senate paving the way for the other 8 countries to follow their example. In Geneva, the single multilateral negotiating forum – the Conference on Disarmament (CD) – goes into a second decade of paralysis. It is simplistic to blame one country for that state of affairs when there are so many topics crying out for negotiations immediately if only the membership agreed to do so. As we have heard repeatedly in this Pugwash conference, some 200 NATO tactical nuclear weapons remain deployed in 5 countries in Western Europe despite the declared policies of some of these countries and their public opinion. NATO-Russian relations have still to address many difficulties that lie ahead and further US Russian nuclear reductions have to be negotiated along with understandings on the deployment of BMD systems.

BLICKPUNKT ZUKUNFT

**Eindrücke von der 59. Pugwash Conference
1.-4. Juli in Berlin**

© by Jeannette Schüler



Eröffnungspanel des Simon Symposium am Freitag



Blick in den Plenarsaal



Ali Asghar Soltanieh in der Plenardiskussion "Iranian Nuclear Policy"



Registrierung



Zuhörer beim Eröffnungspanel des Simon Symposiums



Arbeitsgruppe 6: "Climate Change, Resources, and Conflict Prevention"



Abdul Salam Zaeef in der Plenardiskussion "Prospects for Conflict Resolution in Afghanistan"



Egon Bahr hält das Eröffnungsstatement in der Planardiskussion "Europe and Nuclear Weapons: what progress in nuclear disarmament?"



Avishay Braverman in der Diskussion "What Future for Palestine? How Can Europe Help?"



Public Event mit Teilnehmern der Pugwash Conference in der HU Berlin



Schiffahrt auf der Spree

**Arbeitsgruppe 5:
"Social Responsibility of Scientists"**



**Jantha Dhanapala,
Präsident von Pugwash**

**Jennifer Allen Simons,
Präsidentin
der Simons Foundation**



Risks of a space war and cyber war remain ominous. The problems over the nuclear programme of the DPRK remain daunting. Similarly with Iran, negotiations with the P5+1 have not brought the desired results. We were briefed during the Conference on progress being made in negotiating an Arms Trade Treaty. Complicating all this is the persistent impact of the global economic crisis of 2007-2008.

Military Expenditure, Arms Transfers and Global Security

Throughout my diplomatic and international civil service career, I have depended on the Yearbook of SIPRI to provide me with reliable information and analysis of the international peace and security situation in the world. Today, as Vice Chairman of the Governing Board of SIPRI, I am more aware than before of the intensive research and rigorous scholarship that got into this annual assessment. SIPRI estimates that the world spent US \$ 1630 billion on military expenditure in 2010 – 1.3% higher in real terms than in 2009 and 50% higher than in 2001 – notwithstanding the global economic crisis. The growth in 2010 was almost entirely due to the US military spending. While military spending grew most rapidly in South America and Africa, the only surviving super power the USA accounted for 43% of the global share which even the next 10 largest military spenders could not match. One of them, Saudi Arabia, spent 10.4% of its GDP on military expenditure – well above the global average of 2.6%. Admittedly there were 15 armed conflicts including those in Afghanistan and Iraq which explains some of this expenditure. But knowing as we do that an over armed world has been the pattern even after the cold war ended, there is no prospect of serious military expenditure reductions in the future. Another statistics that emerges from SIPRI's Yearbook is the volume of international transfer of major conventional weapons. From 2006 to 2010 this was 24% higher than in 2001 and 2005. The 5 largest suppliers of weapons during this period were the USA 30%, Russia 23%, Germany 11%, France 7% and UK 4%. Among the major recipients were the Republic of Korea, India, China, Greece, South Africa, Singapore, United Arab Emirates and Saudi Arabia.

Bruce Blair estimates that the full cost of nuclear weapons alone is \$ 101 billion this year and that for just one nuclear weapon we could provide health care to 36,000 people, textbooks for 43,000 students or convert 64,285 households to renewable energy. All nine nuclear armed states, whether within the NPT or outliers, present a threat to global security. Napoleon is said to have remarked: "Bayonets are wonderful! One can do anything with them except sit on them!". Today's bayonets are nuclear weapons; and we are actually sitting on them. The potential for their use by accident or design; by the states themselves or by terrorist groups within states is too great for the people of the world to accept.

Outside these sombre statistics is the larger political landscape with the continuing impact of the 2008 international financial crisis lingering on in many countries and the gradual shift of the centre of gravity in global political and economic terms.

There is clearly an emergence of the Global South. As Deepak Nair, Emeritus Professor of the Delhi School of Economics has pointed out, in 1000 AD Asia, Africa and Latin America together accounted for 82% of the world population and 83% of global income. This continued for eight centuries. In 1820, the three continents still claimed three fourths of the world population and two thirds of its income. Then, came the industrial revolution and colonialism, a revolution in transport and communication and the rise of Western Europe and the decline of Asia. Between 1870 and 1950 per capita incomes in Asia fell to one tenths of Western Europe. So also did the incomes in Africa and Latin America. But from 1950 Nayar identifies a resurgence of developing countries after decolonization.

From 1951 to 1980 there was rapid economic growth in the developing world. And in 2005 we were back to the same statistics as in 1870. This catch up is still limited to a few countries in the global south, particularly, India, Brazil, China and of course, the South East Asian countries but the 21st century is going to be the turning point. It is going to be a turning point where we are going to see an economic and political impact in the

rise of the global south. There are, of course, very clearly demographic factors at work. But I would also like to see a new paradigm so that the emerging economies do not repeat the mistakes of the OECD countries in the industrialized West. They must undertake nuclear disarmament, reduced military expenditure and sustainable development. This is not yet evident and environmental abuse as well as corruption afflict these countries while some of them remain nuclear armed.

(...)

The influence of non state actors and new global and regional powers is also taking place at a time when the global security structure is exposed as being weak, outdated and inefficient. The institutions, the treaties and the processes that we had established after World War II have to be revisited and revised. We have to learn the lessons from the recent economic crisis I quote the UN Secretary General, Ban Ki-moon who said, "While recently we have heard much in this country about how problems on Wall Street are affecting innocent people on Main Street, we need to think more about those people around the world with no streets. Wall Street, Main Street, no street – the solutions devised must be for all."

An official US Commission established to investigate the causes of this economic collapse, came to the following conclusions in a report presented this year:

- ⤴ The financial crisis was avoidable.
- ⤴ Widespread failures in financial regulation and supervision proved devastating to the stability of the nation's financial markets.
- ⤴ Dramatic failures of corporate governance and risk management at many systemically important financial institutions were a key cause of this crisis.
- ⤴ A combination of excessive borrowing, risky investments, and lack of transparency put the financial system on a collision course with crisis.
- ⤴ The government was ill prepared for the crisis, and its inconsistent response added to the uncertainty and panic in the financial markets.

- ⤴ There was a systemic breakdown in accountability and ethics.
- ⤴ Collapsing mortgage-lending standards and the mortgage securitization pipeline lit and spread the flame of contagion and crisis.
- ⤴ Over-the-counter derivatives contributed significantly to this crisis.
- ⤴ The failures of credit rating agencies were essential cogs in the wheel of financial destruction.

That is a damning indictment of the financial institutions in the richest country in the world. It is an acknowledgement of the irresponsible management of economic power with appalling consequences for the rest of the world hurt by the contagion that spread throughout the global system in a highly accelerated process of globalization. But let us draw lessons from this. A more serious crisis threatening the survival of humankind is waiting to happen.

We, in the political and security arena have got to address the international security governance system. It has to include much needed reform of the Security Council – to which the German Foreign Minister referred in his keynote address opening this conference, if we are going to ensure that the changing power equations are going to be accommodated smoothly. I have argued elsewhere for the eclipse of hard power both in military terms and in economic terms and advocated the evolution of smart sustainable power. Only then can we have a more secure world at lower levels of armaments ensuring that the bottom billion of our global population who now live below \$ 1.25 per day are lifted out of the indignity of poverty.

With regard to the Security Council, it is curious that Security Council resolution 1973, is adopted by a simple majority with 2 permanent members abstaining, and is thereafter interpreted as legal authority for a massive onslaught on a country for having caused civilian casualties while the NATO bombing itself results in civilian deaths. Likewise, the "Arab spring" which has given the world so much hope is being snuffed out in some countries with foreign intervention while the Security Council looks on. The se-

lective application of the "Responsibility to Protect" concept vitiates its very objective.

Nuclear power and Fukushima

I extend my sincere sympathies to the Government and people of Japan – and especially to the members of Japan Pugwash – over the loss of life and damage caused by the effects of the recent tsunami on the Fukushima Dai-ichi nuclear plant. We have heard an authoritative and graphic description of this tragedy, and its repercussions and implications from Dr. Tatsujiro Suzuki in his Dorothy Hodgkin Lecture today. Societal resistance to nuclear power plants has clearly increased. It was not long ago when the world was hailing what appeared to be a nuclear renaissance or Second Nuclear Age. It was the upsurge of a demand for nuclear power as a response to the Intergovernmental Panel on Climate Change reports on climate change and the shift away from carbon emitting fossil fuels. Currently some 14% of global electricity is supplied by nuclear power. The International Atomic Energy Agency (IAEA) Power Reactor Information System (PRIS) reports that 440 power reactors are operating in the world and that 65 reactors are under construction. Concerns were being expressed over the challenge this posed for the non-proliferation of nuclear weapons. All countries within the NPT are of course well within their rights to embark on nuclear power for peaceful purposes as an energy option. Article IV of the Treaty for the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT) states that the use of nuclear energy for peaceful purposes is "the inalienable right of all the parties" without discrimination, and that all should facilitate this transfer of technology. Many countries already benefit from non-power uses of nuclear energy for development purposes in areas like nuclear medicine, industrial applications, control of vector-borne diseases etc. Over 60 countries have notified the IAEA of their interest in developing nuclear power. This spurt of interest in nuclear energy as a source of power is undoubtedly related to the high cost of oil; acute concern over climate change through CO2 emissions; the slow pace of technological development – and consequently, in cost reductions in non-conventional renewable sources of energy such as biomass, solar and wind; and the abundance and relative cheap-

ness of uranium. The so-called "nuclear renaissance" was already sputtering out before Fukushima, as a new Canadian study revealed. Nuclear power is expensive and takes time to come on stream, whereas cheaper and quickly deployed alternatives are available. The nuclear-waste problem, which no country has solved, as remains daunting. Can we insulate nuclear plants from strikes, acts of sabotage and sheer human error apart from natural disasters like earthquakes, volcanic eruptions, tsunamis and typhoons? For all of the above reasons, a healthy open debate must begin and Pugwash with its scientific expertise must lead this. I am glad that the Sri Lanka Pugwash group plans a Workshop in Negombo in early September to discuss the power options of developing countries in South and South-east Asia while the Africans plan something similar.

Conclusion

Finally, ladies and gentleman, let me assure you all that the governance of our organization, the Pugwash Conferences on Science and World Affairs, is in good hands with its existing Council and Executive Committee which met here in Berlin prior to the opening of our conference. However, I appeal to each and every one of you and in particular, the national Pugwash groups to redouble your efforts to recruit new members, especially, scientists, academics and policy specialists from among the younger generations. The torch lit by Bertrand Russell and held aloft by Pugwash must be passed on. I also appeal to you to redouble your fund raising efforts since the more funds we have the more we can do in terms of organizing workshops and meetings in our effort to achieve our objectives. Pugwash has a slender staff which carries an enormous burden and I would like to pay a sincere tribute to them all for the work they carry out tirelessly and conscientiously. (...)

In terms of our structural framework, or our "constitution" if you like, we are required to have general conferences at intervals ranging from 12 to 18 months and a quinquennial conference every 5 years. Fund raising for these major events is a bigger challenge than ever before and with the consent of the Council we have had to delay some of these events so that they can be bet-

ter organized and more productive. We have improved our website and our communication links with the members, but are always open to suggestions for greater improvement.

The Pugwash journey has been a long and meritorious one. While we look forward to the achievement of our objectives our pride is in the journey and those of you who accompany us on the road. (...)

With development and security – both national and human – so closely intertwined, that perspective is no different from the humanist message of the Einstein-Russell Manifesto and the central philosophy of Pugwash. Let us never forget that.

THE 59TH PUGWASH CONFERENCE ON SCIENCE AND WORLD AFFAIRS

Berlin 1-4 July 2011

By Jennifer Allen Simons, CM, Ph.D, LL.D., President, The Simons Foundation

This is my first visit to Berlin – the site of Berlin Wall whose fall led to the re-unification of Europe and heralded the end of the Cold War. I am concerned, however, that the end has not yet been accomplished. There are some further steps to be taken – some issues to be resolved – for example, renegotiation of the CFE Treaty; NATO nuclear weapons, and missile defence – in order to attain a more cohesive relationship between Russia and the West, in order to forge a truly Atlantic-European Security Alliance – from Vancouver to Vladivostok – a security alliance more suited to the multitude of heterogeneous threats which have emerged, or are emerging, in the 21st Century.

American President, Barack Obama, chose Europe as the venue for his historic speech committing himself to the future of a world without nuclear weapons. Europe has the opportunity to lead the way. And this is why, **perhaps**, President Obama chose to make his declaration in Prague, in the centre of Europe.

Many of us have realized that nuclear weapons will not be eliminated until the nuclear weapons states themselves, make the decision. Seven member states of the European Union and European NATO countries either possess, or host, a significant number of weapons. The United Kingdom and France possess a total of 525 nuclear weapons – 450 of them deployed – and five European countries host some 200 US tactical nuclear weapons. This is significant number of weapons and a significant number of countries.

Clearly, there are several European governments demonstrating a willingness to lead – at least to the elimination of weapons on their soil. Mr. Guido Westerwelle, Foreign Minister for Germany, and Keynote Speaker today, has called for the removal of the US tactical nuclear weapons from his country. And Germany, with the governments of Belgium, The Netherlands, Norway and Luxembourg, has called for the tactical nuclear weapons to be withdrawn from Europe. While removal of these weapons from Europe would not de-nuclearize Europe and NATO, it would be a first step.

Positive measures are being taken by other European states. The United Kingdom and Norway are partnering in a project to develop confidence building, transparency measures and verification for the projected nuclear warhead dismantlement – critical measures in preparation for the movement towards the elimination of all nuclear weapons.

The government of Austria has established the Vienna Center for Disarmament and Non-Proliferation to promote dialogue, research and analysis on issues of nuclear security.

In the influential non-governmental sphere, we have the European Leadership Network – and like Global Zero which, however, spans the world – is comprised of former high level government persons, many of whom, like our colleague Lord Des Browne of Ladyton, were in positions with responsibility for nuclear policy and nuclear arsenals. These

former government ministers, military personnel and diplomats can be a driving force in influencing governments, in all the nuclear weapons states, to eliminate their nuclear arsenals; and to reinforce the reality that nuclear weapons are a security risk - that nuclear weapons are, indeed, neither viable as a useable weapon **nor** as a deterrent, in the contemporary world of proliferating nuclear weapons, potential nuclear terrorism, changing power dynamics and newly developing power alliances.

Two years have passed since President Obama's Prague speech, and since then, we have seen some incremental measures - though to date mostly **declaratory** steps - which may lead to nuclear disarmament.

The US Nuclear Posture Review is disappointing because the US will maintain its nuclear policies and arsenals. However, there will be modest reductions. And there are guarantees to neither threaten nor use nuclear weapons against non-nuclear weapons states, which are in compliance with their NPT obligations. As well, there is a new statement that **deterrence** is the fundamental role of the U.S. nuclear weapons. The U.S. nuclear weapons though - as are Russia's - are poised on dangerous high-alert status.

START has entered into force. The cuts are minimal but a positive move is that the delivery vehicles - launchers and missiles - for either nuclear or **conventional** warheads, are included. The most important feature is that verification measures are in place after they lapsed with the former treaty.

The 2010 NPT Review Conference was considered a success, primarily because it did not fail. The *status quo* was essentially preserved. There was significant support for a nuclear weapons convention. And as well, the introduction of language on International Humanitarian Law. The problem with International Humanitarian Law, however, is that it is war law - an oxymoronic concept of **humane** ways to **kill** people. And, moreover, has no utility until a nuclear weapon is used - until a nuclear war is fought, and by then it is too late.

The major success - and a most welcome one - was with regard to the Resolution on the Middle East nuclear and other weapons of mass destruction free zone. However, the long threatened tinderbox in the Middle East finally ignited and it is uncertain how the commitment on the Middle East Nuclear Weapons Free Zone will move forward; and whether the proposed 2012 Conference to consider the practical steps will take place. To date no information is forthcoming.



The NATO New Strategic Concept is disappointing. The NATO Alliance committed to the "goal **of creating conditions** for a world without nuclear weapons." This is not the same as commitment to a **world free** of nuclear weapons. The Strategic Concept maintains NATO's nuclear policies and adversarial stance. And maintains ambiguity on the role of nuclear weapons and use for non-nuclear threats - a step backward from the US Nuclear Posture Review. There **is** language, which may provide an opening to removal of the US tactical nuclear weapons.^{[1](#)} Disturbingly though, this position is linked to Russia's non-strategic nuclear weapons.

The Cold War nuclear adversarial stance is maintained. I suppose a military alliance must have an adversary in order to retain its relevance.

And in the global picture, the negatives, of course, deserve a mention: North Korea is said to possess enough material for several nuclear weapons. Pakistan continues to build its nuclear arsenal, and India is testing long-range ballistic missiles. And we have the uncertainty with regard to the nuclear weapons intentions of Iran, possibly Syria, Burma and others.

Experts at the Stockholm International Peace Research Institute predict that there will be little to no movement in nuclear disarmament in the near future. The task for civil society is to prove them wrong and to work to generate the political will to accomplish this task within a reasonable time frame.

It would be useful today and for the remainder of the Pugwash Conference to re-examine European Security requirements for the twenty-first century.

Most of you will remember that in 1991 the Atlantic-Europe Alliance turned it back on the CSCE (now the OSCE) - the organization considered "best suited to address overall North Atlantic and European collective security"² in the new world order - a truly Euro-Atlantic security organization extending from Vancouver to Vladivostok.

And NATO, faced with irrelevance, sought to reinvent itself. And as well as adopting a mandate barely distinguishable from that of the CSCE, NATO increased the number of member countries, expanding its boundaries to Russia's borders - **a provocative move** which has exacerbated tensions between NATO and Russia.

NATO retained its adversarial, bi-polar strategic war framework with US tactical nuclear weapons on European soil and the guaranteed nuclear arsenals of the United States and Great Britain to support the framework. The current issue of Missile Defence is a major cause for concern. I understand that there are divisions **within NATO** on NATO's recently announced Missile Defence plan - that some European member states have differing perspectives on the proposed plan. At the March 2010 Brussels Forum - NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen spoke of the need for a missile defence system for NATO and Russia - "one security roof", he said - built together, supported together and operated together, and the "people from Vancouver to Vladivostok would know that they were part of one community. One security roof would be a very strong political symbol that Russia is fully part of the Euro-Atlantic family, sharing the benefits and the costs - not outside, but very much inside. That would be

real, new Euro-Atlantic security architecture"³

The NATO Secretary General's recent proposal for the partnership between NATO and Russia is a retreat from his earlier position and is a **nominal** partnership at best. "Our idea," **he now says**, "is to have two independent systems that co-operate - a NATO system and a Russia System - each responsible for protection of its territory but capable of co-operation and data exchange."⁴

With the Obama presidency, relationships between Russia and NATO and the US, **were** warming. They are now disintegrating - predominantly around the issue of missile defence - and the prospects for disarmament are endangered. Perhaps European member states of NATO are in a position to heal the divisions.

I would like to end by raising some questions:

- ⤴ Are the European member states of NATO on the same security path as their Atlantic partners?
- ⤴ Is the NATO Security Alliance - as it stands - relevant for the security of Europe?
- ⤴ What is the purpose of NATO in the post-Soviet era?
- ⤴ Has it outlived its usefulness?
- ⤴ If the answer is no, what changes to the NATO Alliance would be appropriate in order to deal with current and emerging threats?

With NATO members 450 deployed nuclear weapons the questions have to be asked:

- ⤴ What are the threats to Europe, which would require a nuclear response?
- ⤴ What agreement exists on what kind of threat **ought** to be opposed by nuclear weapons?
- ⤴ Are nuclear weapons obstacles to European Security?

Europe is a strong proponent of a Middle East nuclear weapons free zone:

- ▲ Why not Europe as a nuclear weapons free zone? Such a zone could begin in Central Europe and move west as the US nuclear weapons are repatriated until it reached the borders of France and Great Britain. Then we would have to see what happens next!

We need to be reflecting on issues such as these – and others in relation to the entire global picture – in order to move concretely towards a nuclear weapons free world. The time and opportunity has come and it is my hope that during this symposium and during the following days of the Pugwash Conference

new areas will be identified where further progress is possible.

- 1 To “seek a way to create the conditions for further reductions of tactical nuclear weapons”.
- 2 Bauwens, Colson, De Haar, Feyter, Paye, Vertongen, *The CSCE and the Changing Role of Nato and the European Union*, NATO Review, No.3 June 1994, Vol 42, pp21-25
- 3 NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen *Building a Euro-Atlantic Security Architecture*, Brussels Forum March 27th 2010
- 4 Defense News May /11

Security Risks of Climate Change: From Conflict to Cooperation

By Jürgen Scheffran

The Security Risks of Climate Change

Since the 1990s several studies and research groups have discussed how environmental degradation and the scarcity of natural resources can become a cause of violent conflict, continuously eroding the resilience of societies to resolve conflictive situations in a peaceful way. In addition, global warming could severely undermine human security and overwhelm adaptive capacities of societies in many world regions, bearing a significant conflict potential. Since the fourth assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) in 2007 interest in the climate-security nexus has increased and has contributed to the “securitization” of the climate debate.

For instance, in 2008 the EU High Representative and the European Commission suggested that “climate change acts as a threat multiplier, worsening existing tensions in countries and regions which are already fragile and conflict-prone.” In April 2007, the U.N. Security Council for the first time discussed the security risks of climate change, and in June 2009, the UN General Assembly requested a report on climate change and its potential security implications. On July 20, 2011 a statement of the UN Security Council – under German presidency – raised concerns regarding the threats posed by climate change to international peace and security.



Several think tanks and advisory panels have published studies that analyzed the potential security implications of climate change. The German Advisory Council on Global Change concluded in 2007 that climate change could overwhelm adaptive capacities of many societies, leading to instabilities and conflict constellations, such as water scarcity, food scarcity, disasters and mass migration. Some regional hot spots, such as Bangladesh and the African Sahel, are more fragile and vulnerable due to their geographic and socio-economic conditions and the lack of adaptation capabilities. Inducing a cycle of environmental degradation, economic decline, social unrest and political instability, climate change may trigger risk cascades and tipping ele-

ments that could undermine the stability of vulnerable societies. "Failing states" with weak governance structures have inadequate management and problem solving capacities and cannot guarantee the core functions of government, including law, public order and the monopoly on the use of force. More wealthy countries are however not immune to climate change which could lead to a sharp increase in extreme weather events and risks, such as the 2003 heatwave in Europe and Hurricane Katrina in the US in 2005, both of which caused significant casualties and damages. As climate change increases inequalities between rich and poor, migration pressures are likely to grow.

Conflict Potential of Climate Protection Strategies

While the impacts of climate change pose significant security risks, measures to prevent climate change or reduce its consequences could also become a cause of conflict:

Nuclear power and nuclear risks: Given the safety and security risks of nuclear power, its high costs and its limited ability to address global warming, there are serious doubts that nuclear fuels can be a viable alternative to fossil fuels. Although nuclear power generates less CO₂ emissions than fossil energy, it is not carbon-free if the whole life-cycle is taken into account. An increase in nuclear energy could not compensate for the current growth in energy consumption and lead to an enormous increase in plutonium stocks and other nuclear materials which increase the risk of nuclear weapons proliferation and the unresolved waste disposal problem. The Fukushima reactor accident has further increased the resistance against nuclear power, and some countries have voted for a phase out.

Renewable energy sources: Generally renewable energy sources offer less risks, conflicts, and security implications than fossil and nuclear energy. Renewables have their own environmental impacts which are often small, sitespecific and local in nature. Impacts have been debated for large hydropower projects which can flood landscapes over hundreds of square kilometres. The massive use of bioenergy can have various

side effects, in particular on food production and land competition. Possible direct land use effects of bioenergy include the local environmental impacts upon air, water and soil quality, exacerbation of local water supply and the destruction of habitats. Occasionally there have been protests against large wind turbines because these would change the landscape. Small-scale decentralized solar energy finds wide acceptance and benefits among citizens. The Desertec project has a significant potential to provide directed solar energy supply between Africa and Europe, mitigate climate change and contribute to sustainable human development, if criteria of economic viability, environmental sustainability, social acceptability and political stability are realized.

Climate engineering is offered as a solution for reducing dangerous climate change by deliberately modifying the climate system on a global scale through affecting the carbon cycle or changing the radiation balance. Suggested measures include carbon capture and sequestration in biomass, soil, underground or in the ocean; aerosol emissions to absorb sunlight in higher layers of the atmosphere (similar to volcano eruptions); and other means of changing the Earth's radiation balance by reflecting sunlight, e.g. through large mirrors in outer space. While research on climate engineering is attracting resources and interest, there is a lack of understanding of the costs and risks, in particular for peace and security. Actions that intentionally modify temperature like in a global "air-conditioning system" can lead to new global security dilemmas and provoke local protests. For the time being, mitigation of climate change by emission reduction is more preferable.

From Conflict to Cooperation in Climate Policy

The climate challenge is tremendous and requires drastic reductions of global greenhouse gas emissions by 50-80% by mid of the 21st century to avoid dangerous climate change. Determined policies are needed to manage global change within a new well-designed global governance system that combines sustainable environmental policy, development policy and preventive security policy. Tradi-

tional instruments of security policy, such as military buildup and interventions, will not only be ineffective against the problem but will further aggravate it (to mention here the risk of a nuclear winter from nuclear explosions). While climate change poses various security risks, it could also unite the international community to avoid dangerous anthropogenic interference with the climate system, as required by the 1992 UN Framework Convention on Climate Change. The suffering of people could strengthen the readiness to help and cooperate.

What is needed is a great transformation of the current fossil energy system towards a low-carbon society. To find the best strategies, energy alternative need to be systematically assessed and compared regarding to the risks, costs, land use requirements, number of people affected, critical arguments in the discourse, potential actors, conflict potential. To regulate the sustainability transition, appropriate principles, criteria and standards are required that are implemented in international legal norms, certification systems and monitoring processes. Mechanisms for mediation and conflict resolution can support this process, including stakeholder dialogues, participatory decisionmaking, arbitration and compensation measures.

Further reading by the author:

- Scheffran, J. 2008. Climate change and security, Bulletin of the Atomic Scientists, May/June, 19-25.
- Scheffran, J. 2008: Preventing Dangerous Climate Change, in: V.I. Grover (ed.), Global Warming and Climate Change, Science Publishers, Vol. 2: 449-482.
- Scheffran, J., Summerfield, G. 2009. Sustainable Biofuels and Human Security. Swords & Ploughshares, 27 (2).
- Scheffran, J. 2011. The Security Risks of Climate Change: Vulnerabilities, Threats, Con-

flicts and Strategies. in: Brauch, H. G.; Oswald-Spring, U.; Kameri-Mbote, P.; Mesjasz, C.; Grin, J.; Chourou, B.; Dunay, P.; Birkmann, J.(Eds.): Coping with Global Environmental Change, Disasters and Security, Springer.

Scheffran, J. 2011: Climate Change, Nuclear Risks and Nuclear Disarmament - From Security Threats to Sustainable Peace, Report for the World Future Council, May, www.worldfuturecouncil.org/fileadmin/user_upload/PDF/110517_WFC_Scheffran_Report.pdf.

Scheffran, J., Battaglini, A. 2011. Climate and conflicts: the security risks of global warming, Regional Environmental Change, 11, Supplement 1: S27-S39.

Scheffran, J., Broszka, M., Brauch, H.G., Link, P.M. & Schilling, J. (eds.) 2011. Climate Change, Human Security and Violent Conflict: Challenges for Societal Stability, Springer (forthcoming).

Schilling, J., Scheffran, J., Link, P.M. 2010. Climate Change and Land Use Conflicts in Northern Africa, *Nova Acta Leopoldina NF*, 112 (384), 173-182.

About the author: Jürgen Scheffran is professor in the Institute of Geography and Head of the Research Group Climate Change and Security (CLISEC), KlimaCampus, University of Hamburg. Email: juergen.scheffran@zmaw.de, Web: www.clisec-hamburg.de. This article summarizes a paper presented at 59th Pugwash Conference on Science and World Affairs, Berlin, 1-4 July 2011." CLISEC is co-organizing the Climate Security Dialogue Series at the Federal Foreign Office Berlin as part of the process towards the UN Security Council debate and several other workshops this fall on "Limits to the Anthropocene" (22.-24.9.) and "Climate Engineering - An Issue for Peace and Security Studies?" (10.-11.11).

Pugwash 2011, „Whistleblower“ award und Carl-Friedrich von Weizsäcker 2012 von Reiner Braun

Die internationale Pugwash- Konferenz war sicher eine der größten organisatorischen Herausforderungen für die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler und der Einsatz war für viele Mitglieder der VDW mit großen persönlichen Belastungen versehen. Das Büro war gefordert wie selten zuvor.

Das Bewusstsein der Bedeutung von Pugwash und die enge politische und moralische Verbindung der Mitglieder der VDW zeigt sich nicht zuletzt in der Spendenbereitschaft - weit über 10.000 Euro an Spenden hat es in den letzten Jahren nie gegeben. Die öffentliche Resonanz war mehr als positiv, die Zusammenarbeit mit der Freien Universität und der Humboldt Universität sehr erfolgreich. Das Renommee der VDW hat sicherlich gewonnen.

Es bleiben aber auch Fragen, nicht zuletzt die Frage nach der Perspektive von Pugwash international, nach der realen Umsetzung seines eigenen Gründungsauftrages und nach der Bedeutung von Wissenschaft und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Rahmen der Pugwash-Konferenzen für die Gestaltung einer friedlichen Zukunft. Die VDW wird sich an diesen Diskussionen beteiligen und stößt mit ihren Beiträgen auf reges Interesse. Dies haben nicht zuletzt die beiden von der VDW durchgeführten Workshops im Rahmen der internationalen Pugwash- Konferenz gezeigt.

Wir hoffen, dass diese thematischen Schwerpunkte im Rahmen von Pugwash weiter geführt werden.

Selbstkritisch bleibt aber auch festzuhalten, dass die aktive Friedensarbeit oder auch die Aktivitäten zur Sicherheitspolitik innerhalb der VDW z.B. im Rahmen der Studiengruppe intensiviert werden müssen. Hier ist von der VDW noch konzeptionell einiges zu entwickeln: Zahlreiche Herausforderung von der Modernisierung der Atomwaffen bis zum Krieg in Afghanistan, von zunehmenden Konflikten um Ressourcen bis zu neuen Militärstrategien erfordern dringlich ein engagiertes Handeln.

Die Whistleblower-Preisverleihung zeigt, wie die VDW als Wissenschaftlerorganisation kreativ und eigenständig Menschen für ihr Engagement würdigt und die Verantwortung des Wissenschaftlers bzw. der Wissenschaftlerin in den Mittelpunkt ihres Engagements stellt. Das positive Urteil für unsere Preisträgerin von 2007 Frau Heinisch am europäischen Gerichtshof für Menschenrecht verdeutlicht erneut die Notwendigkeit von Whistleblowing und den langen Atem, den Whistleblower brauchen, um Gerechtigkeit zu erfahren. Dieses Urteil ist eine schallende Ohrfeige für die deutsche Justiz.

Fast reibungslos setzen sich die Aktivitäten anlässlich des 100. Jahrestages des Geburtstages von Carl Friedrich von Weizsäcker fort. Wer steht mehr für die Verbindung der VDW zu Pugwash und mehr für das Ringen um atomare Abrüstung, aber auch für das frühzeitige Erkennen der globalen Herausforderungen als Carl Friedrich von Weizsäcker? Dabei geht es nicht um eine Verklärung, sondern um die Darstellung einer deutschen Persönlichkeit im Jahrhundert der Kriege und des Terrors, in seiner ganzen Vielfalt, Widersprüchlichkeit und auch Befangenheit.

Mit zwei großen Veranstaltungen, eine eher historisch, die anderen an den Herausforderungen von Weltinnenpolitik und Global governance orientiert, werden wir die Diskussionen der Pugwash Konferenz fortsetzen. Wir wollen uns dabei insbesondere Fragen der gesellschaftlichen Transformation widmen.

Von der Pugwash-Konferenz haben wir Dankanstöße mitgenommen: Wir werden weiter an den Herausforderungen, auch und gerade in den Studiengruppen und den großen Projekten der VDW zu „Zukunft der Ernährung“ und „Nachhaltiger Forschung“ arbeiten. Mit neuem Mut und Kraft, denn diese hat die weltweite Vernetzung der Friedensnobelpreisträgerorganisation Pugwash allen vermittelt, die bei den aufregenden Tagen (und Nächten) in Berlin dabei sein konnten

Reiner Braun

Die Geheimnisse der Mächtigen

Von Petra Kappe

Berlin. Für die einen sind sie Verräter, für die anderen Helden: Menschen, die ans Licht bringen, was die Mächtigen lieber im Dunkeln ließen.

Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) und die Juristenvereinigung IALANA („Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemischen Waffen“) würdigen solche „Whistleblower“ mit einem Preis.

Die aktuelle Auszeichnung geht an zwei Preisträger, darunter ein „Anonymus“, ein Namenloser. Gemeint ist „die Persönlichkeit, die das Video ‚Collateral Murder‘ via Wikileaks publik gemacht hat“. Das Video dokumentiert ein von US-Soldaten im Irak verübtes Kriegsverbrechen.

Die Aufnahmen zeigen die gezielte Tötung von sieben Zivilisten durch die Besatzung eines US-Kampfhubschraubers und geben auch „die mit den Mordhandlungen einhergehenden rüden und menschenverachtenden Begleitkommentare der Täter wieder“, wie es in der Preisbegründung heißt.

Außerdem beweise das Video, dass offizielle Sprecher der multinationalen Streitkräfte die Öffentlichkeit „über den Vorfall belogen haben“ und „das von der US-Army eingeleitete Vor-Ermittlungsverfahren gegen die an der Tat beteiligten US-Soldaten 2007 zu Unrecht eingestellt wurde“.

Für die amerikanischen Militärbehörden steht fest, dass es sich bei dem anonymen Preisträger um Bradley Manning handelt. Sie nahmen den heute 23-jährigen US-Soldaten vor gut einem Jahr im Irak fest und werfen ihm Geheimnisverrat vor. Seither sitzt Manning in Untersuchungshaft. Die Haftbedingungen, so sagen es Menschenrechtler, grenzen an Folter: kein Kontakt zur Außenwelt, Entzug der Kleidung in der Nacht, ein Prozess lässt auf sich warten.

Harvard-Professor Laurence Tribe schrieb zusammen mit weiteren namhaften Juristen, diese Haftbedingungen seien „nicht nur beschämend, sondern auch verfassungswidrig“. Eine derart „grausame und unge-

wöhnliche Bestrafung“ dürfe nicht einmal einen verurteilten Verbrecher treffen.

Adressat der bitterbösen Beschwerde ist US-Präsident Barack Obama. Denn der hatte Mannings Gefangenschaft als „zulässig“ bezeichnet und ihr bescheinigt, dass sie „die Grundanforderungen erfüllt“.

Scharfe Kritik an den USBehörden üben nun auch die VDW und IALANA: „Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass nunmehr gegen die Täter vorgegangen würde“, bemängeln sie. Stattdessen konzentrierten sich die Strafverfolgungsbehörden darauf, den vermeintlichen Whistleblower zu überführen. Das sei „die alte, bedrohliche Reaktion“, wenn Staaten im sogenannten nationalen Interesse „schwerstes Unrecht begehen: Nicht derjenige ist schuldig, der das Verbrechen begangen hat, sondern der Bote, der die Nachricht der Öffentlichkeit überbringt.“



Die Preisverleiher betonten, dass es dem „nationalen Interesse eines demokratischen Rechtsstaates „niemals abträglich sein könne, wenn jemand „gravierende gesetz-, verfassungs- oder völkerrechtswidrige Vorgänge“ bekannt mache. „Anderenfalls kann von einem Rechtsstaat nicht mehr die Rede sein.“

Jede rechtsstaatliche Demokratie sei auf die Kontrolle ihrer Amtsträger durch ihre Bürgerinnen und Bürger und die Medien angewiesen. Daher liege es gerade nicht im öffentlichen Interesse, „schweres staatliches

Unrecht, Straftaten oder gar Verbrechen von Amtsträgern zu vertuschen und vor der Öffentlichkeit und den Wahlbürgern geheim zu halten“.

Deutscher GAU war ganz nah Von Petra Kappe

Berlin. Die angebliche Sicherheit von Kugelhaufen- oder Hochtemperaturreaktoren ist Legende. Das hat der Wissenschaftler Dr. Rainer Moormann aufgedeckt. Er hat dafür gestern den Whistleblower-Preis“ erhalten.

Moormann arbeitet seit 35 Jahren in der Kernforschungsanlage (KFA), dem heutigen Forschungszentrum in Jülich (FZJ). Dort war bis 1988 ein Versuchsreaktor mit einer Kapazität von 15 Megawatt in Betrieb. Er

wurde mit in Graphitkugeln eingeschlossenem Brennstoff betrieben und mit Helium-Gas gekühlt.

Moormann wies in seinen Untersuchungen „bedrohliche Störfallmöglichkeiten und Risiken mit katastrophalen Folgen für Mensch und Umwelt“ nach, heißt es in der Begründung der Preisvergabe.

Der Mythos der „inhärenten Sicherheit“ sei erschüttert. Vielmehr sei „der begründete Verdacht aufgekommen, dass der AVR Jülich am 13. Mai 1978 nur knapp einem GAU mit den verheerenden Folgen einer weitflächigen radioaktiven Verseuchung der Umwelt entging.“

Veröffentlicht in: „Westfälische Rundschau“, Nr. 151, 2. Juli 2011

Kurzinterview mit Dr. Rainer Moormann

1. Was sind für Sie die entscheidenden Anstöße gewesen, sich kritisch mit ihrer eigenen Forschung und der Forschungstätigkeit auseinanderzusetzen?

In den Jahren 2005/2006 stieß ich bei Untersuchungen für das südafrikanische Reaktorprojekt PBMR auf Widersprüche in der Darlegung von deutschen Reaktorerfahrungen für ähnliche Reaktoren. Als ich das in der deutschen Nuklearcommunity zur Sprache brachte, stellte ich schnell fest, dass die Kommunikation dieser Ungereimtheiten unerwünscht war, vermutlich um den Export der deutschen Technologie nach Südafrika nicht zu gefährden. Als Konsequenz dieser Widersprüche war zu erwarten, dass die Sicherheit des in Südafrika geplanten Reaktors weit überschätzt worden war. Ausgehend von dieser mangelnden Transparenz und der damit verbundenen Sicherheitsgefährdungen habe ich dann begonnen, weitere Postulate zur Sicherheit des Kugelhaufenreaktors in Frage zu stellen und bin in vielen anderen Problemfeldern fündig geworden.

2. Wie könnte ihrer Meinung nach ein stärkerer Schutz für kritische Meinungen und auch couragiertes Handeln aussehen? Frau Heinisch musste ja bis zum europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gehen, um sich ihr Recht zu er-

kämpfen. Das kann ja wohl keine Perspektive für den Umgang mit kritischen Geistern sein.

Ich halte es auch für unerträglich, dass in der deutschen Rechtsprechung bisher fast mittelalterliche Verhältnisse herrschen wenn es um die Unterdrückung der Meinungsfreiheit von abhängig Beschäftigten in ihrem Beschäftigungsverhältnis geht. Andere Staaten sind da bekanntlich teilweise weiter. Vielleicht könnte eine Institution ähnlich dem Wehrbeauftragten der Bundeswehr hier helfen, die schlimmsten Auswüchse zu verhindern: Eine Institution also, die weitgehende Aufklärungsrechte hat und deren Vorschläge aufgrund ihrer Autorität nicht leicht übergangen werden können.

3. Was würden Sie jungen Wissenschaftlerinnen empfehlen, die sich bei ihrem "wissenschaftlichen Tun" unwohl fühlen?

Eine allgemeine Antwort kann ich hier nicht geben: Wenn das Risiko besteht, dass Einsatz für Transparenz und Whistleblowing zum Arbeitsplatzverlust mit langer nachfolgender Arbeitslosigkeit wegen Boykotts auch durch andere potentielle Arbeitgeber führt, bleibt bei ernstesten Problemen derzeit wohl nur, den Arbeitsplatz zu wechseln und - sobald machbar - anonym Hinweise zur Abhilfe der Missstände

zu geben. Falls ein existenzgefährdendes Risiko jedoch halbwegs ausgeschlossen werden kann, möchte ich ein offenes Ansprechen der Probleme empfehlen, notfalls bis hin zum Whistleblowing. Allerdings setzt Letzteres ein Netz von Freunden und Gleichgesinnten voraus, die bei diesem belastenden und schwierigen Prozess genügend Halt geben. Grundsätzlich handelt es sich um einen Abwägungsprozess unter Berücksichtigung einerseits der

Schwere des Umstände, welche das Unwohlsein im "wissenschaftlichen Tun" hervorrufen und andererseits der individuellen beruflichen und persönlichen Situation und ihrer möglichen Gefährdung. Nicht empfehlen kann ich, einfach den Kopf in den Sand zu stecken.

Fragen: Reiner Braun

Presseinformation zum Urteil des Verwaltungsgerichts Köln zum Abzug der letzten amerikanischen Atombomben aus Büchel und Einladung zur Pressekonferenz

Marburg, 3. August 2011

Von RA Dr. Peter Becker

Das Verwaltungsgericht Köln hat am 2. August 2011 das Urteil im Prozess Dr. Elke Koller gegen Bundesrepublik Deutschland wegen Abzugs der US-Atombomben in Büchel und Beendigung der nuklearen Teilhabe zugestellt. Die Klage wurde abgewiesen.

Die Klägerin wird Berufung einlegen. Die tragenden Erwägungen sind die folgenden:

1. Das Gericht hat eine Überraschungsentscheidung getroffen, mit der das Grundrecht der Klägerin auf rechtliches Gehör (Artikel 19 Abs. 4 GG) verletzt wurde. Nach der Prozessordnung hatte das Gericht die Streitsache mit den Beteiligten tatsächlich und rechtlich zu erörtern. Die Rechtsanwälte hatten um richterliche Hinweise zu den maßgeblichen Sach- und Rechtsfragen gebeten. Ein solches „Rechtsgespräch“ hat nicht stattgefunden. Offenbar war das Urteil schon fertig; das Gericht wollte aber seine Annahmen nicht in der mündlichen Verhandlung zur Diskussion stellen.

2. Der Internationale Gerichtshof hat in seinem Atomwaffengutachten von 1996 Atombomben für „generally illegal“ gehalten. Für den Fall einer extremen Notwehrsituation konnte er keine Aussage treffen. Das Verwaltungsgericht hält für Deutschland eine solche extreme Notwehrsituation für möglich und zitiert in diesem Zusammenhang das „iranische Atomwaffenprogramm“: Abgesehen davon, dass bis heute ungesichert ist, ob der Iran an Atomwaffen arbeitet, war gerade die

Frage, ob im Falle einer extremen Notwehrsituation der Einsatz von Atombomben zulässig ist – das Gericht geht offenbar davon aus. Aber das waren gerade die Fragen, die zu erörtern gewesen wären.

3. Nach Artikel 25 GG gehören die allgemeinen Regeln des Völkerrechts zum Bundesrecht. Diese Regeln „erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes“, wie es in Artikel 25 heißt. Zu diesen Regeln gehört das humanitäre Kriegsvölkerrecht, das nach Ansicht des IGH Atomwaffen illegal macht. Die Erörterung dieser Frage umgeht das Gericht und reklamiert für dieses Vorgehen die einzige Meinung in der Literatur, die aus Artikel 25 keine individuelle Klagebefugnis ableitet. Gerade für diesen Fall war in der mündlichen Verhandlung aber angeregt worden, das Verfahren dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen, um dort klären zu lassen, ob die Atombomben in Büchel und die von Ihnen ausgehenden Gefahren insbesondere durch terroristischen Flugzeugabsturz eine Klagebefugnis begründen. Eine solche Vorlage hat das Verwaltungsgericht abgelehnt.

IALANA und VDW fordern Konsequenzen aus dem heutigen Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall der Whistleblowerin Brigitte Heinisch

Berlin, den 21. Juli 2011

Die Deutsche Sektion der internationalen Juristenvereinigung IALANA, die zusammen mit der u.a. von Prof. Otto Hahn und Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker 1959 gegründeten „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)“ vor kurzem zum siebten Mal den „Whistleblower-Preis“ verliehen hat (vgl. dazu: www.ialana.de; www.vdw-ev.de), erklärt zu dem Whistleblower-Urteil des EGMR vom 21. Juli 2011:

Das Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs, das die Trägerin des Whistleblower-Preises 2007, die Altenpflegerin Brigitte Heinisch (Berlin), heute erstritten hat, offenbart:

1. Die bisherige Rechtsprechung der deutschen Gerichte bietet keinen hinreichenden Schutz für Whistleblower. Weder das Bundesarbeitsgericht noch das Bundesverfassungsgericht waren in der Lage, das schreckliche Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin zu korrigieren, mit dem die Kündigungsschutzklage von Frau Heinisch abgewiesen worden war. Auch sonst haben deutsche Gerichte die Meinungsäußerungsfreiheit von Beschäftigten unzureichend geschützt, die – wie Frau Heinisch – in gutem Glauben und gestützt auf verlässliche Insider-Kenntnisse schwere betriebliche Missstände, gravierende Rechtsverletzungen oder gar Straftaten aufdeckten und den zuständigen Stellen oder der Öffentlichkeit zur Kenntnis brachten. Das Bundesjustizministerium (geführt von der damaligen SPD-Ministerin Brigitte Zypries) hat dies im Verfahren vor dem Straßburger Gerichtshof bis zuletzt verteidigt.

Das Urteil des Berliner Landesarbeitsge-

richts muss jetzt im Wege der Restitutionsklage (auf der Grundlage von § 580 Nr. 8 der deutschen Zivilprozessordnung – ZPO –) förmlich aufgehoben werden. Frau Heinisch muss in vollem Umfang rehabilitiert werden. Die Straßburger Entscheidung hat bisher allein die Menschenrechtswidrigkeit des Berliner Urteils sowie der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts festgestellt. Das Land Berlin, dem die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH als Mehrheitsanteilseignerin gehört, muss sich jetzt bereit erklären, ihrer früheren Arbeitnehmerin Frau Heinisch alle Nachteile und Schäden zu ersetzen, die ihr durch den vom Menschenrechtsgerichtshof festgestellten Rechtsbruch entstanden sind. Das betrifft sowohl ihre erlittenen und durch die Straßburger Entscheidung nicht ausgeglichenen Einkommenseinbußen als auch ihre Zusatzversorgungsrente, die ihr nicht länger vorenthalten werden darf.

Die Rechtsprechung allein kann in Deutschland für keinen hinreichenden Schutz von Whistleblowern sorgen. Hier ist der Bundesgesetzgeber gefordert. Hinreichende Vorschläge zur Behebung dieses Reformstaus liegen auf dem Tisch.

Hinweis: Für eventuelle Rückfragen steht Ihnen die IALANA-Geschäftsstelle (R. Braun, Tel. 03021234056 oder 0172317475) gerne zur Verfügung, die ggf. auch Gesprächskontakte zur Whistleblower-Thematik mit fachkundigen Mitgliedern der Wissenschaftlichen Beiräte von IALANA und VDW vermitteln kann.

IALANA begrüßt Heinisch-Urteil des EGMR Deutschland braucht Schutzregeln für Whistleblower

Berlin, 22. Juli 2011

Von Rechtsanwalt Otto Jäckel

„Es besteht eine große Kluft zwischen der Interpretation der Grundrechte durch die deutschen Fachgerichte bis zum Bundesverfassungsgericht und dem Grundrechtsverständnis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg“, kommentierte Otto Jäckel, Vorsitzender der deutschen IA-

LANA das Heinisch-Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs vom 21.07.2011. Wir freuen uns und sind auch ein bisschen stolz darauf, dass wir mit der Verleihung des Whistleblower-Preises an Frau Heinisch 2007 durch die deutsche IALANA und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler zu einer öf-

fentlichen Debatte über den Fall beigetragen haben, so Jäckel.

Frau Heinisch hatte als Beschäftigte in einem Berliner Altenheim auf Missstände in der Altenpflege aufmerksam gemacht, die vor allem durch Personalmangel verursacht waren. Die von ihr bemängelten Notstände waren durch einen Kontrollbesuch des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen in dem Altenpflegeheim bestätigt worden. Es ging um die unzureichende Erfüllung der Pflegestandards und eine mangelhafte Gestaltung der Dokumentation. Nachdem die Geschäftsführung der VIVANTES-GmbH, bei der Frau Heinisch beschäftigt war, ihre Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen hatte, beauftragte sie ihren Anwalt mit der Erstattung einer Strafanzeige. Darin machte sie darauf aufmerksam, dass die Firma wissentlich die in ihrer Werbung versprochene hochwertige Pflege nicht leiste und somit die bezahlten Dienstleistungen nicht erbringe. Darüber hinaus gefährde sie die Patienten. Nachdem die Firma durch ein Flugblatt von ver.di von der Strafanzeige erfuhr, kündigte sie das Arbeitsverhältnis fristlos. Das Arbeitsgericht Berlin sah zwar aufgrund der von Frau Heinisch erhobenen Kündigungsschutzklage einen wichti-

gen Grund zum Ausspruch einer fristlosen Kündigung nicht als gegeben an.

Die Entscheidung wurde jedoch von dem Landesarbeitsgericht Berlin aufgehoben und dessen Entscheidung durch das Bundesarbeitsgericht und das Bundesverfassungsgericht bestätigt.

Gegen die Entscheidung der von dem Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte geführten siebenköpfigen Kammer kann die Bundesregierung nun binnen drei Monaten die Anrufung der Großen Kammer des Gerichts beantragen. Die Entscheidung ist also noch nicht rechtskräftig", so Jäckel. Sie zeige aber, dass das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung in der deutschen Rechtsprechung zukünftig in Fällen von Whistleblowing wesentlich höher zu bewerten sei als die Interessen von Betrieben und Verwaltungen an der Geheimhaltung von Missständen. Zudem sei nun der Gesetzgeber gefragt, zur Vereinheitlichung der Praxis die Rechtsprechung des EGMR in Whistleblower-Schutzregelungen umzusetzen. Hierzu lägen dem Bundestag seit langem ausgearbeitete Vorschläge vor, so Jäckel.

Impressum
BLICKPUNKT ZUKUNFT©
ISSN: 0720-6194

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Herausgeber: Werner Mittelstaedt und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.)

Redaktionsanschrift:

Drostenhofstraße 5, D-48167 Münster

E-Mail:

Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de

Website: www.blick-punkt-zukunft.com

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.), Mechthild Mittelstaedt, Reiner Braun, Moritz Rehmet, Lena Theiler, Egle Vaikasaite

Herstellung und Gestaltung: Werner Mittelstaedt

Verteilung: Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.), Schützenstraße 6a, D-10117 Berlin

Druck: Kamphoven, Essen

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber Werner Mittelstaedt. Für die VDW-Informationen bei der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.).

Erscheinungsweise: 2 Ausgaben pro Jahr

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung der Herausgeber.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die der Herausgeber wieder.

Artikel für BLICKPUNKT ZUKUNFT können nur berücksichtigt werden, wenn sie mit einem Textverarbeitungssystem (WORD, WORKS, Word Perfect, Text) erfasst wurden und via CD-Rom oder E-Mail zur Redaktion versendet wurden.

BLICKPUNKT ZUKUNFT wird kostenlos an die Mitglieder der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.) und an interessierte Personen und Institutionen verteilt.

Spenden: Sparda-Bank West eG, Bankleitzahl 36060591, Kontonummer: 385620 – Stichwort: BLICKPUNKT ZUKUNFT

Ulrich Bartosch, Gerd Litfin, Reiner Braun, Götz Neuneck (Hg.)

Verantwortung von Wissenschaft und Forschung in einer globalisierten Welt Forschen - Erkennen - Handeln



Die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) diskutierten 2009 über Fragen von Sicherheit und Nachrüstung, Umwelt und Nachhaltigkeit, Wissenschaft und Verantwortung, Bildung und Wissenschaft.

Der Band enthält die Beiträge von Stephan Albrecht, Gerhard Barkleit, Nina Buchmann, Christopher Coenen, Jayantha Dhana-pala, Christian Forstner, Klaudius Gansczyk, Hartmut Grassl, Manfred Hampe, Hans R. Herren, Frank von Hippel, Martin Ka-linowski, Konrad Klein-knecht, Kevin Knobloch, Wolfgang Liebert, Klaus Mayer, Heidi Meyer, Wolfgang Neef, Götz Neuneck, Frank Schilling, Jürgen Schneider, Jack Steinberger, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Manuela Welzel-Breuer, Albert Zeyer.

Weltinnenpolitische Colloquien, Bd. 4, 400 S., 24,90 €, br, ISBN 978-3-643-11285-9

Bestellung unter:

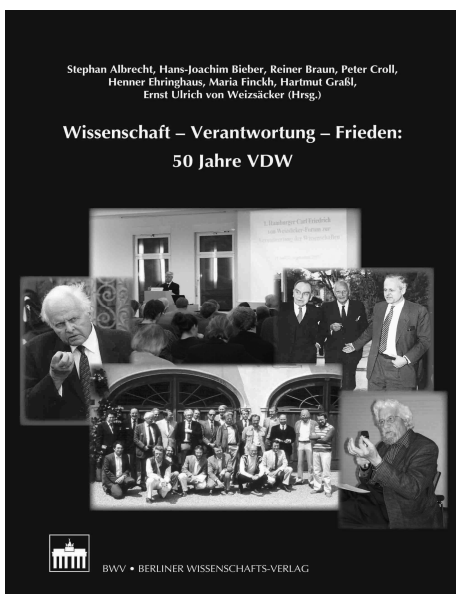
<http://www.lit-verlag.de/warenkorb>

Weitere Informationen zu diesem Buch finden

Sie unter:

<http://www.lit-verlag.de/isbn/3-643-11285-9>

Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW



S. Albrecht, H.-J. Bieber, R. Braun, P. Croll, H. Ehringhaus, M. Finckh, H. Graßl, E. U. v. Weizsäcker (Hrsg.)

615 S., Geb. m. SU, BWV, Berliner Wissenschafts-Verlag

Das Buch kostet 25 €. Bestellung bei der VDW Geschäftsstelle.

info@vdw-ev.de